

**Das Abonnement**  
auf dies mit Anenahme der  
Sonnage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.

**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 2. Juni. Se. Majestät der König haben Allernädigst gesucht: Dem Kaufmann und Fabrikanten Christopher Wilhelm Dohme zu Berlin den Rothen Adler-Orden vierter Classe, dem Werkmeister Kießling zu Bernau im Kreise Niederbarnim und dem bisherigen Kontroll-Assistenten bei der Oberschlesischen Eisenbahn Joseph Biener zu Breslau das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Schankwirth Otto Spieck zu Driesen im Kreise Friedberg, dem Husaren Leichter vom Garde-Husaren-Regiment und dem Militär-Jugling Kröhn von der Unteroffizier-Schule zu Potsdam die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; ferner die Regierungs-Assessoren Heinrich Adolph Friedrich August Neugebauer in Oppeln, Freiherr Karl Hans Theodor von Schleinitz in Magdeburg, Johann Leopold Robert Richter in Bromberg, Heinrich Arthur Hobrecht in Berlin und Friedrich Hermann von Stülpnagel in Legnica Regierung-Räthen; so wie den seitherigen Ober-Amts-Verwalter, Polizei-Hauptmann Leopold Otto Albrecht von Manstein, zum Ober-Amtmann in den Hohenzollern-Lippe Landen zu ernennen.

Der Königliche Kreis-Baumeister Trübe zu Greifenhagen ist zum Königlichen Bau-Inspektor ernannt und demselben die Bau-Inspektorstelle zu Stralsund verliehen worden.

Der praktische Arzt Dr. Brasche zu Friedland ist zum Kreis-Bundarzt des Kreises Friedland ernannt worden.

Die Königliche Akademie der Wissenschaften hat in ihrer Plenarsitzung vom 30. Mai 1861 die Herren Aureliano Fernández Guerra y Orbe in Madrid und August Nauck in Petersburg zu korrespondirenden Mitgliedern ihrer philosophisch-historischen Classe erwählt.

Se. R. H. der Prinz Adalbert von Preußen ist gestern von Karlbad aufgekommen.

Aufgegeben: Der General-Major und Kommandeur der 4. Cavallerie-Brigade, von Götsch nach Bromberg.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Sonnabend 1. Juni Abends. Der Justizminister erklärte in der heutigen Sitzung des Unterhauses bei seiner Vertheidigung der Regierungsvorlage gegen den Bericht des Ausschusses über das Immunitätsgebot, daß Herr v. Schmerling in seiner neulichen Berufung auf die Freiheitlichkeit der kurhessischen Verfassung die Verfassung vom Jahre 1831 gemeint habe, deren Einführung von allen Seiten sehnlichst erwartet werde.

London, Sonntag 2. Juni Nachmittags. Nach hier eingetroffenen Berichten aus New York vom 22. v. M. beabsichtigte Präsident Lincoln keinen unmittelbaren Angriff. Derselbe hat die Marinebestimmungen des Pariser Kongresses vom Jahre 1856 acceptirt. — Präsident Davis war in Pensacola (Florida) angekommen.

Paris, Sonntag 2. Juni Morgens. Der heutige "Moniteur" sagt: Die Regierung bedauere die Angriffe gegen die Geistlichkeit und würde, wenn diese Angriffe ausarteten, eine Verfolgung eintreten lassen.

Hier eingetroffene Nachrichten aus Turin von gestern Abend melden, daß ein Rückfall Gabours nach zwei Aderläsionen keinen Grund zu ernsten Besorgnissen gebe.

(Eingeg. 3. Juni 8 Uhr Vormittags.)

## Deutschland.

**Preußen.** (Berlin, 2. Juni. [Vom Hofe; Tages-nachrichten.] Gestern arbeitete der König längere Zeit mit den Ministern v. Auerswald, v. Schleinitz, Graf v. Schwerin und nahm auch die Vorträge der Geheimräthe Illaire und Costenoble entgegen. Vor der Tafel empfing der König den Generalauditeur Fleck und hatte mit demselben eine längere Unterredung. Bei dem Diner erschienen der Kronprinz und die Kronprinzessin, der Fürst und die Fürstin zu Waldeck, der Fürst von Hohenzollern, der Fürst zu Fürstenberg, die Minister v. Auerswald und v. Schleinitz, mehrere Generale und Landtagsmitglieder. Abends besuchten die Majestäten das Schauspielhaus, in welchem "Wallenstein" gegeben wurde, und nahmen darauf bei ihren Kindern, dem Kronprinzen und der Kronprinzessin, den Thee ein. Abends halb elf Uhr fuhr der König nach Schloß Babelsberg und übernachtete dasselbe. Heute Vormittag machte der König der Königin-Wittwe im Schloß Sanssouci seinen Besuch und geleitete sie nach der Kirche zu Bornstädt, wo sie zugleich mit dem Kronprinzen und der Kronprinzessin, die sich um 8 Uhr Morgens nach Potsdam begeben hatten, dem Gottesdienste beiwohnten. Die Königin Auguste fuhr heute Mittags 12 Uhr nach Potsdam, nachdem sie zuvor mit den Prinzen Albrecht (Sohn) und Adalbert die Predigt in der Matthäikirche gehört hatte, und begab sich zunächst zur Königin Elisabeth nach Schloß Sanssouci. Das Diner fand auf Babelsberg statt und nahmen an demselben auch der Fürst von Hohenzollern mit seinen beiden Söhnen, dem Erbprinzen Leopold und dem Prinzen Karl, Theil. Gegen 8 Uhr Abends lehrten die hohen Herrschaften von Potsdam hierher zurück und empfing der König noch den Minister v. Auerswald, unter dessen Vorsitz Nachmittags 2 Uhr eine mehrstündige Konferenz stattgefunden hatte. Wie verlautet, war die Thronrede Gegenstand der Berathung. Dieselbe wird, wie schon mitgetheilt, vom Könige persönlich gehalten werden. Der Schluß des Landtags wird in den letzten Tagen dieser Woche erwartet; zuvor soll jedoch noch über Harkorts Antrag in Bezug auf Brasilien verhandelt werden. — Der Kronprinz und die Kronprinzessin besuchten gestern Nachmittag die Kirche zu St. Bartholomäi und wurden bei ihrer Ankunft vom Prediger Steffann und dem Kirchenvorstande empfangen und bei der Besichtigung geleitet. Morgen früh ¾ 6 Uhr begeben sich der Kronprinz und die Kronprinzessin in Folge einer Einladung des großherzoglichen Hofs nach Neustrelitz und werden dafelbst

einige Tage zum Besuche verweilen. — Der Erbprinz von Hohenzollern wird in kurzer Zeit von Potsdam zu seiner Mutter nach Düsseldorf reisen, dort einige Tage verweilen und dann zu seiner Vermählung mit der Schwester des Königs von Portugal über London sich nach Lissabon begeben. Gleichzeitig soll alsdann die Verlobung Dom Pedro's V. mit der Prinzessin Marie von Hohenzollern proklamirt werden. Wie ich höre, will der König von Portugal das neuvermählte Paar auf der Rückreise bis zur Schweiz geleiten und dort auf der Villa Weinburg mit der Familie des Fürsten von Hohenzollern einige Zeit sich aufhalten.

Unser Polizeipräsident v. Zedlitz wird, wie schon gemeldet, mit dem Schluß der Kammeröffnung aus seiner gegenwärtigen Stellung scheiden. Dem Vernehmen nach soll es in den Wünschen des Königs liegen, ihm eine Hofcharge zu verleihen. Auch von dem Grafen Perponcher höre ich, daß er nicht dazu außersehen ist, den Grafen Königsmark zu erlegen sondern, daß er gleichfalls eine Hofcharge erhalten werde. Über den Nachfolger des Herrn v. Zedlitz hört man noch nichts Positives. Man erinnert an den Geheimrat Lüdemann, der seither Vertreter des Präsidenten gewesen ist. Herr Lüdemann scheint mir nicht der Mann für diese Stelle, die Energie verlangt. — Bei dem Oberst-Truchseß, Grafen Redern, von dem es heißt, daß er in kürzester Zeit in den Fürstenstand erhoben werden soll, ist morgen eine musikalische Soirée, in welcher auch der König und die Königin erscheinen werden. In derselben wird sich der Hofkapellmeister Dreyfuss hören lassen. — Gestern Morgen traf die Leiche des zu Nizza verstorbenen Bankiers Oppenfeld auf der Anhalter Bahn hier ein. Zu ihrem Empfang waren dort die Familienmitglieder versammelt, welche die Leiche zu ihrer Ruhestätte geleiteten. Der Sarg war von ihnen mit Blumen und Kränzen reich dekoriert.

**Reichenbach.** (1. Juni. [Gewitter.] Gestern Nachmittag gegen 3 Uhr entlud sich in nordöstlicher Richtung von hier ein starkes Gewitter. Im Vorze Schlaupitz, hiesigen Kreises, schlug der Blitz in den Dominialschaffstall (dem Prinzen Ferdinand zu Schönthal-Carolath gehörend), der alsbald in hellen Flammen stand. Die Schafe, welche unmittelbar vor Ausbruch des Gewitters eingetrieben worden waren, wurden, 690 an der Zahl, ein Raub der Flammen. Der entstandene Schaden ist um so größer, als erst etwa die Hälfte der Schafe geschoren worden war. — Ein zweites, etwa 1½ Stunden später in nördlicher Richtung zum Ausbruch gekommenes Gewitter war ebenfalls schwer. (Br. 3.)

**Oestreich.** Wien, 31. Mai. [Der österreichische Reichsrath] befindet sich nach den Ferien in derselben Klemme wie bei seinem Beginne. Er stellt an sich selbst, wie an Dienjenn, die ihn berufen haben, die Frage: was er denn eigentlich repräsentire? Ist er der engere Reichsrath für die deutsch-slavischen Provinzen? Antwortet man hierauf mit Ja, dann liegen die Reichsfinanzen außer seiner Kompetenz und da Alles insgesamt, sogar die Auslagen für den Bau des hölzernen Parlamentshauses und die Däten für die Abgeordneten mit den Reichsfinanzen zusammenhängt, ist der gegenwärtige Reichsrath außer Stande, für das gesammte Reich zu berathen und zu beschließen. Ist der gegenwärtig tagende Reichsrath der Repräsentant des gesamten Reiches, dann müßte die Regierung die Abgeordneten Ungarns, Siebenbürgens, Kroatiens und Slavoniens wenigstens der Form nach einberufen haben oder die Wahlen anordnen. Das Ministerium ist zu diesem Schritte, gleichviel aus welchem Grunde, nicht gelangt und der Reichsrath ist nicht vollständig. Die Abwesenheit der Venetianer und Südtiroler hindert weder die Berathung noch die Gültigkeit der Beschlüsse, denn es ist ihre Schuld, nicht die Schuld der Regierung, daß sie dem Rufe nicht folgen. Allein zu diesem defekten Zustande kommt das Bestreben der Ultronalionalen, der Feudalen, der Föderalisten, und wie sie sich in neuerer Zeit zu nennen belieben, der Autonomisten, den Reichsrath zu keiner Wirksamkeit und Autorität gelangen zu lassen, weil sie den Schwerpunkt der Regierung in die provinziellen Landtage verlegen wollen; jeder Schritt der Festigung der Zentralgewalt ist Diesen unlösbar, dagegen jeder Versuch, das Reichsparlament zu schwächen, ungelenk und unfruchtbare zu erhalten, ein Gewinn für die eigene Idee. Die Czechen und die Polen arbeiten am Thätigsten in diesem Sinne, und ihnen ist daher die Ausdehnung der Adressdebatte im Peithner Landtag höchst willkommen, da jeder Abschluß dort zu einem Entschluß hinführen müßte; der Fall, daß die Magyaren aus freien Stücken zur Beschildung des Reichsrathes die Hand bieten, ist kaum mehr denkbar, aber der Fall, daß die Regierung den jetzt tagenden Reichsrath auffordert, die Mittel zu bewilligen, die Magyaren von ihren Loslösungsglüsten abzuhalten, ist sehr leicht denkbar, und die gegenwärtige Majorität würde dabei nicht kargen. Daher liegt es im Interesse der Föderalisten, es zu keiner Entscheidung, zu keinem Bruche kommen zu lassen, sondern alle Fragen in der Schweben zu erhalten, und da die Regierung den Ungarn und Kroaten Zeit lassen will, ehe sie ihr Ultimatum ausspricht, harmoniren die entgegengesetzten Fraktionen in ihrem Thun, das eigentlich im Nichtstun besteht. Das Herrenhaus hat gar keine Vorlage zur Berathung; und wenn das Unterhaus mit dem Gesetze wegen Unverantwortlichkeit der Deputirten fertig ist, fehlt ihm ebenfalls ein angemessenes Substrat, da das Budget nur dem weiteren Reichsrath vorzulegen ist. (N. 3.)

**Pesth.** (29. Mai. [Gesetze; die Adressdebatte; Asboth.] Der "Press" wird geschrieben: Beim Einziehen der Wachtposten der ehemaligen Polizeidirektion wurden von Seiten des Stadtmagistrats die Kaiserlichen Adler entfernt, die Schilderhäuser aber blieben schwarzgelb angestrichen. Diese Farben veranlaßten gestern Nachts die Zertrümmerung des Schilderhäuschen-

**Inserate**  
(1¼ Sgr. für die fünfgepaßte Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

vis-à-vis dem Gebäude, wo sich die Curia befindet. Die Schilderhäuser des Komitatshauses wurden bereits mit Nationalfarben angestrichen. — Die Adressdebatte im ungarischen Unterhause dürfte nun binnen kürzester Zeit beendet sein; zum Schlusse wird, dem "Bund," zufolge, Deaf als Antragsteller noch einmal das Wort ergreifen. Die Spezialdebatte wird jedenfalls sehr kurz sein, da etwaige Meinungsverschiedenheiten durch Vorbesprechungen beigelegt werden dürfen. — Dem "M. Drsag." schreibt man aus Lugo, daß Asboth keineswegs unbedingt auf freien Fuß gesetzt worden sei. Auf der Rückkehr aus dem Gefängnis durfte in Preßburg sein Sohn ihn im Bahnhof nicht besuchen, nach Pesth durfte er keinen Absteher machen und in Lugo wurde er dem dort kommandirenden Oberst übergeben, d. h. unter militärische Aufsicht gestellt.

Kraakau, 30. Mai. [Die Armenier in Galizien.] Eine so eben in polnischer Sprache erschienene Broschüre unterzieht die Frage des "armenisch-katholischen Ritus" einer eingehenderen Beleuchtung. Die Armenier des Landes, heißt es in der auf statistische Daten gestützten anonymen Broschüre, deren Verfasser selbst jenem Ritus anzugehören scheint, sind heute schon Polen mit Leib und Seele. Die Selbständigkeit desselben rechtfertigt heute nichts mehr, was die Grundlage seiner Lebensfähigkeit bilden könnte, denn wo ließe sich herte eine solche auffinden? Anfangs wurde erstere durch die Hoffnung auf Heimkehr nach dem ursprünglichen Vaterlande in Asten genährt, beide schwanden jedoch mit der Zeit und verwischten sich endlich völlig, besonders seit durch Erzbischof Nikolaus Trosziewicz 1826 die Union mit der römischen Kirche zu Stande kam. Seither wurde Sprache, Sitte der Armenier, Alles, was die Nationalität kennzeichnet, polnisch. Die gemeinschaftliche Geschichte verzeichnete auf ihren Karten die gelehrt und verdienten Armenier und verewigte ihre Namen in der Reihe der polnischen Namen. Als einziger Unterschied verblieb die Kirchenliturgie. Die Armenier selbst fühlen diesen nunmehr ungerechtfertigten und zum eigenen Nachteil ausschlagenden Unterschied. Die Zahl der Bekennende dieses Ritus vermindert sich mit jedem Jahr. Theils von Überzeugung, Verhältnissen, Familienbanden geleitet, theils durch die unbedeute Entfernung ihrer Parochialkirchen gemüstigt, gehen die Armenier so zahlreich zum lateinischen Ritus über, daß, während der Schematismus der Diözese von 1859 die Zahl der zu dem armenischen Ritus gehörigen Seelen, vielleicht zu hoch, auf 5220 angibt, nach der neuesten individuellen Zählung im Jahre 1860 deren nur noch 2543 waren. Die armenische Geistlichkeit zählt jetzt im Ganzen 22 Priester. Seit 8 Jahren wird das Noviziat gar nicht mehr erneuert. Armenisch versteht und spricht hier Niemand, polnische Sprache und Nationalität hat die Stelle der armenischen eingenommen. Die liturgische Sprache muß der zum geistlichen Stand sich heranbildende Priester so gut erst lernen, als z. B. die Chaldäische oder sonstige orientalische, ohne von ihr mehr zu verstehen, als die Nothwendigkeit verlangt. Nicht nur in allen armenischen Kirchen hierlands überhaupt, sondern selbst in Kutu, dem Hauptorte der Armenier, sind die Predigten polnisch, denn in einer anderen Sprache fänden sie keine Zuhörer. Alles dies liefert einen besten Beweis, daß es dem armenischen Ritus bereits an aller Lebensfähigkeit fehlt, er verlischt und verdorrt allmälig von selbst. In dieser Überzeugung will der größte Theil der Armenier, vielmehr fast alle, vielleicht nur mit einer kleinen Ausnahme, diesen auf anormalen Separatismus sich stützenden Unterschied aufheben und durch Vermittelung ihres in den katholischen Metropolen lebenden geistlichen Oberhirten die völlige Verschmelzung ihres Ritus mit dem lateinischen zu Stande bringen und auf diese Weise das große Werk des Erzbischofs Nikolaus Trosziewicz vollenden. Die näheren Mittel der Ausführung sind Sache der geistlichen Behörde. Zur Dotirung der Geistlichkeit würden die Fonds des armenischen Kapitals im "Pius Mons" und Privatstiftungen hinreichen. An Stelle des Lemberger Erzbischofs könnte der heutige armenische Erzbischof den neu geschaffenen Bischofssitz rit. lat. in Czernowitz oder Stanislau einnehmen, wo wegen des großen Umkreises der Lemberger lateinischen Erzbistüme die Gründung eines neuen Bischofssitzes sehr vortheilhaft wäre. Aus ähnlichen Gründen ist in Stanislau ein neues Bistum griechisch-uniten Ritus gegründet worden, und der lateinische Ritus würde dort gleichfalls ein weites Feld für seine geistliche Wirksamkeit finden.

**Baden.** Karlsruhe, 1. Juni. [Ernennung.] Die "N. P. 3." meldet die Ernennung des Geh. Hofrats und Professors Dr. v. Mohl in Heidelberg zum badischen Bundestagsgesandten in Frankfurt. Mohl ist, wie die "N. P. 3." wissen will, der Verfasser der jüngsten Leitartikel der "Karlsruher Zeitung" über Nationalverein, Bürzburger Konferenzen, Gerichtsorganisation.

Freiburg, 31. Mai. [Nationaler Verein.] Am 25. d. war hier eine Anzahl von Professoren, Beamten und Bürgern zu einer Besprechung zusammengetreten, deren Resultat die Wahl eines Ausschusses war, der in einem nach etwa 8 Tagen erscheinenden Programm die Grundzüge und Ziele eines "nationalen Vereins" entwerfen soll, welcher im Unterschied von dem allgemeinen deutschen Nationalverein sein Augenmerk nur auf das unter den gegenwärtigen Umständen angeblich nur Erreichbare und Mögliche, d. h. auf die Konzentrierung der militärischen Leitung und der diplomatischen Vertretung Deutschlands in der Hand des Königs von Preußen richten will. An der Spitze dieser Bestrebungen stehen u. A. Prof. Knies, Bürgermeister Fauler und Hofgerichtsrath Eimer. (Schw. Merk.)

**Hessen.** Marburg, 31. Mai. [Wahlen.] Bei der vorgestern hier vollzogenen Wahl von 16 Abgeordneten durch die großen Grundbesitzer waren von den 92 Wahlberechtigten 66 erschienen, von denen 55 in einer besonderen Urkunde die Erklärung

abgaben, daß sie nur unter Vorbehalt des Verfassungsrechts von 1831 die Wahl vornähmen und daß sie die bestimmte Erwartung hegten, daß die Gewählten im Sinne des Kammerbeschlusses vom 8. Dezember v. J. handeln würden. Der Wahlkommissar verweigerte die Annahme der von Herrn Herrlein überreichten Urkunde, obwohl die vier gewählten Mitglieder der Wahlkommission sich für die Annahme aussprachen. Die Gewählten, welche theils auf dem Landtage mit der Mehrheit gestimmt, theils sich sonst als entschiedene Verfassungsfreunde bewährt haben, haben, der Morg. Ztg. zufolge, die Beiratsherrurkunde mitunterzeichnet.

**Neuz.** Gera, 1. Juni. [Wahlen.] Die Wahl der drei Abgeordneten fiel auf Mitglieder des Nationalvereins. Derselben Partei gehört einer der erwählten Stellvertreter an, während die beiden anderen Stellvertreter aus der Partei der gemäßigten und der entschiedenen Demokratie hervorgingen. Für den Landbezirk wurden zwei Bürgermeister gewählt.

### Großbritannien und Irland.

London, 30. Mai. [Tagesnotizen.] Der Graf von Glandern war gestern von Osborne nach London gekommen, um das Derby-Rennen mit anzusehen. — Trotzdem daß die letzten finanziellen Berichte aus Indien sehr günstig lauten, soll die Regierung doch gesonnen sein, schon im Laufe der nächsten Woche das Parlament um die Ermächtigung zu einer neuen Anleihe von 4 Mill. Pfds. anzugeben. — Privatbriefe aus Halifax in Neu-Schottland bestätigen die Entdeckung reicher goldhaltiger Quarzlager da-selbst. — Auf der Börse in Liverpool wurde gestern angezeigt, daß mehrere amerikanische, mit Baumwolle beladene Schiffe aus südlichen Häfen durch Bundeskriegsschiffe genommen worden seien. Dasselbe Schicksal soll die mit Tabak befrachtete „Argo“ aus Richmond in Virginien gehabt haben.

[Grundsteinlegung zu einer deutschen protestantischen Kirche.] Der biefige preußische Gesandte, Graf Bernstorff, hat am Dienstag in Islington, einer der nördlichen Vorstädte Londons, den Grundstein zu einer neuen deutschen protestantischen Kirche gelegt. Islington nämlich, wo sich in der neuesten Zeit eine starke deutsche Kolonie angestellt hat (sie ist mindestens 4000 Köpfe stark, andere schätzen sie auf fünfmal so zahlreich), besitzt bisher keine deutsche Kirche, während es in den verschiedenen anderen Stadtteilen deren 6 gibt, in denen deutscher Gottesdienst gehalten und deutsch gepredigt wird. Zum Bau des neuen Gotteshauses, dessen Kosten auf 2000 Pfds. St. veranschlagt sind, hat der König von Preußen 100 Pfds. St., der Prinz Gemahli 50 Pfds. beigesteuert. Hier angesiedelte deutsche Kaufleute zeichneten ebenfalls, und bei der Grundsteinlegung kamen wieder 670 Pfds. zusammen. Die neue Kirche wird 400 Personen fassen.

London, 1. Juni. [Teleg. r.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Russell auf eine dessalftige Interpellation Dunlops, daß Instruktionen nach China gesandt worden seien, welche jedwede Intervention in den Angelegenheiten der feindlichen Parteien verbieten. Die Beziehungen Englands zu China seien besser geworden. Die Regierung hat gestern dem Parlament zweit auf die Macdonald-Angelegenheit bezügliche Depeschen vorgelegt. Die eine ist die bereits bekannte des Herrn v. Schleinitz, in welcher derselbe sich über Palmerstons beleidigende Parlamentsrede beklagt, die andere die Antwort Lord John Russells. Der englische Staatssekretär des Auswärtigen sagt darin, Lord Palmerston nehme kein Wort zurück und habe keineswegs das preußische Volk, sondern nur das preußische Beamtenhumor getadelt. — Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 19,369,670, der Metallvorrath 12,168,268 Pfds. St.

### Frankreich.

Paris, 31. Mai. [Vom Senate und gesetzgebenden Körper; die brennenden Fragen; Notizen.] Die Regierung hat erst gestern den Entwurf des neuen Pressegesetzes dem Corps legislatif zugehen lassen. Wir haben uns daher in einem, übrigens erklärlichen Irrthum befunden, wenn wir dies schon vor einigen Tagen mitgetheilt hatten. Der Staatsrat hatte die vorgelegten Erleichterungen, so unbedeutend sie ihrem Wesen nach sind, doch bedenklich befunden und eine starke Neigung verspürt, sich gegen dieselben auszusprechen. Da indessen der Präsident derselben, Baroche, ausdrücklich erklärte, es sei der besondere Wunsch der Regierung, daß diese Reformen der Presse eingeführt würden, so gaben die zu loyalen Mitglieder nach. Der Kaiser selbst war indessen von den Bedenkenloskeiten des Staatsrats angestachelt worden, und er forderte, daß ihm der Entwurf noch einmal vorgelegt werde, um ihn einer gründlichen Prüfung zu unterwerfen. Das geringe Maß der gewährten Freiheiten beruhigte indessen den Kaiser vollständig, wenigstens ist der Entwurf ohne irgend welche Veränderung der Kammer zugegangen. Da außer dieser Vorlage noch mehrere andere Gesetze über den Tarif der Telegramme, die algierischen Eisenbahnen &c. berathen werden sollen, so glaubt man, daß die Versammlung bis über den 1. Juli hinaus tagen würde. Vorläufig ist die Versammlung bis zum 20. Juni vertagt worden.

Der Senat hat sich in den letzten Tagen mit mehreren wichtigen Petitionen beschäftigt, über welche er indessen zur Tagesordnung übergegangen. Vor Allem ist zu bemerken, daß die von der industriellen Gesellschaft beantragte Einführung des zwangswiselementarunterrichts durchaus nicht den Willen der Versammlung gehabt hat, eine wunderbare Sache in einem Lande, wo 4 Proz. der Bevölkerung weder schreiben noch lesen können, und das allgemeine Wahlrecht die Grundlage der Verfassung bildet. Für heute ist eine Sitzung des Senates angesetzt, in welcher die Petition einiger Einwohner von Cahors zur Beratung kommt. Die Petition fordert die Aufhebung einzelner Bestimmungen des Strafoder, welche die Bischöfe in der freien Ausübung ihres Amtes hindern, d. h. ihnen mit verschiedenen Strafen, namentlich mit Verbannung, drohen, wenn sie in ihrer Rede die Regierung angreifen. Um noch einmal des gelegebenden Körpers zu erwähnen, füge ich hinzu, daß die Sitzungen der Budgetkommission sehr stürmisch sein sollen.

Am Sonntag ist in Fontainebleau beim Kaiser eine Zusammensetzung der Marschälle. Aus dem Umstand, daß Thouvenel den Kaiser begleitet hat, statt des Grafen Valois, wie anfänglich bestimmt war, will man schließen, daß die auswärtige Politik noch männliche Schwierigkeiten bietet. Natürlich steht die syrische Frage oben an. Bereits hat die Kommission in Konstantinopel auf die zweite stürmische Sitzung zwei andere folgen lassen, ohne

dass indessen ein Resultat erzielt worden ist (s. jedoch unten), ausgenommen etwa, daß der Emir Kazen von seiner Bewerbung zurückgetreten ist. Ich vernehme übrigens, daß Vely Pascha der Regierung mitgetheilt hat, man habe Fuad Pascha den Befehl zugesehen lassen, mit unnachlässlicher Strenge gegen etwaige Ruhestörungen in Syrien einzuschreiten, und man ist hier auch in der That vollkommen ruhig über das Schicksal der Maroniten. Eine gleichlautende Mittheilung ist übrigens von der Pforte auch den übrigen Großmächten gemacht worden. — Die römische Frage ist gleichzeitig von ihrer Lösung entfernt geblieben, und alle Mittheilungen französischer Blätter über eine baldige Rückkehr der dortigen Garnison sind zum mindesten verfrüht. Mehr ist mir heute aus Ungarn bekannt. Wie die hiesigen Magyaren erwarten, wird ein gewichtiger Umstand, die Adresse an den Kaiser, angenommen werden, indem die sämmtlichen Anhänger Teleky's sich der Abstimmung zu enthalten beabsichtigen. Sie sollen dies thun wollen, um zu beweisen, daß sie so weit in ihrer Nachgiebigkeit gegen Destreich gegangen sind, als es nur irgend möglich ist, um so späterhin das Recht auf ihrer Seite zu haben. Es wird Ihnen sicher früher bekannt sein, in wie weit diese Nachricht richtig ist. (Die Adresse scheint allerdings zu Stande zu kommen. D. Red.) — Nachdem sich schon vorgestern die Nachricht von dem Tode des Fürsten Gortschakoff verbreitet, ist dieselbe heute wirklich eingetroffen. Politische Bedeutung hat dies Ereignis nicht, da der Fürst bereits seit längerer Zeit in Folge seiner Krankheit die Regierung abgegeben hatte und ja auch selbst in so hohen Stellungen die russischen Beamten sehr wenig eigene Initiative haben. Im Allgemeinen aber lauten die Nachrichten aus Russland fortwährend bedenklich. — Der Kaiser wird seine Muße in Fontainebleau weniger der Politik, als der Vollendung seines Buches: „Das Leben Cäsars“ widmen. Vielleicht hätte ihm die Akademie den Preis von 20,000 Frs. bewilligt, wenn sein Werk bereits erschienen gewesen wäre. — Hr. v. Perigny begiebt sich heute auf sein Landgut Chamarande; er wird dort selbst während der Abwesenheit des Kaisers verweilen und nur zu den Ministerräthen nach Paris kommen.

Paris, 30. Mai. [Tagesnotizen.] Der Kaiser und die Kaiserin, welche gestern Abends noch der Vorstellung der großen Oper anwohnten, sind heute Nachmittags um 4 Uhr nach dem Schloss Fontainebleau übergesiedelt; offizielle Einladungen sollen dorthin nicht erfolgen, sondern nur Privatempfang derselbst stattfinden. Der kaiserliche Prinz hat ebenfalls Fontainebleau bezogen. — Jedenfalls in Folge der letzten Vorgänge im Großen Orient arbeiten bereits vier der geschicktesten Gesetzabfertiganten von Paris an einem neuen Freimaurergeb. — Der nunmehr beinahe altersschwache Verschwörer Blanqui steht am 5. f. M. schon wieder einmal vor Gericht wegen Geheimbündelei. — A. de Généa soll an die Spitze einer ministeriellen Korrespondenz für die Departementalblätter gestellt werden. Die spezielle Aufgabe dieser Korrespondenz soll sein, die Provinzialpresse und durch sie das Publikum in den Departements bei den bevorstehenden Wahlen zu leiten und aufzuklären. — Paris muß doch eine grausam reiche Stadt sein; denn wie man im „Moniteur“ lesen kann, haben die Väter derselben nicht weniger als 30, schreibe dreihundert Millionen Livres für Expropriationen ausgegeben, lediglich um Platz für das neue große Opernhaus zu gewinnen. Ob das die Einnahmen decken sollen?!! — Klapka ist wieder in Paris zurück. Er war in London, wo ungarisch-polnische Konferenzen stattfanden. — Die „Grenz“ von Bordeaux schreibt: „Die Gerichtsbehörde hat dieser Tage das ganze Waarenlager einer Weinfabrik wegnehmen lassen. Die Analyse ergab, daß die als Wein verlaufte Flüssigkeit auch nicht die geringste Spur eines von Trauben herrührenden Stoffes enthielt, sondern einzig aus chemischen Substanzen bestand, welche ihr den Anschein und Geschmack des Weines gaben.“ — Von den durch eine Gasexplosion in einer Kohlengrube von St. Etienne verunglückten 26 bis 29 Arbeitern sind bis jetzt 9 Leichen aufgefunden worden. Die Nachgrabungen, welche mit unsäglichen Schwierigkeiten und Gefahren verknüpft sind, werden rasch Tag und Nacht fortgesetzt. — Es werden jetzt auf der Seine Omnibusdampfschiffe eingerichtet, die mit Einhaltung gewisser Stationen, wie die Dampfschiffe der Chemin, von einem Ende der Stadt zum anderen fahren werden.

Paris, 31. Mai. [Tagesbericht.] Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht ein Dekret, laut dessen die französischen Seehäuser, so wie die Mauhäuser von Lille, Valenciennes, Tourcoing und Roubaix der Einfuhr von Baumwollgarn erschlossen sind. Ein zweites Dekret versiegt, daß die Bestimmungen des mit Belgien abgeschlossenen Handelsvertrages auch auf England anwendbar sind. — Das amtliche Blatt drückt den gegen die Auflösung des gesetzgebenden Körpers gerichteten Artikel Vérons ab. — Die „Patrie“ dementirt die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht, daß in Rom eine Verschwörung gegen das Leben des Kaisers Napoleon entdeckt sei. — Aus Neu-Caledonien ist in Havre die Nachricht eingetroffen, daß die dortigen Kannibalen wieder einen französischen Schiffskapitän, der eine Entdeckungskreise ins Innere angetreten hatte, verpeist haben. — Wie der „Toulonnais“ meldet, sind in Toulon die Dampfschiffe „Eldorado“ und „Ulloa“ angelommen. Die Passagiere bestehen aus konvaleszenten Offizieren und verabschiedeten Seeleuten und Soldaten. Außerdem haben die beiden Schiffe die Mannschaft der „Weser“, welche Schiffbruch gelitten hat, und einen Sohn des himmlischen Reiches an Bord. Letzterer, welcher noch sehr jung ist, hat eine so große Anhänglichkeit für die Soldaten, daß ihn dieselben mit nach Frankreich genommen haben. Der kleine Chinesen macht jetzt, in französischer Uniform, Spaziergänge durch die Straßen Toulons. Sobald der „Eldorado“ und die „Ulloa“ ihre Ausladungen beendet haben, werden auf denselben zwei Batterien und eine starke Abtheilung Seetruppen eingeschiff, um sofort zur Verstärkung des Operationskorps nach Sardinien befördert zu werden. — Prinzessin Clotilde reist mit dem Prinzen Napoleon nur bis Lissabon. Derselbe begiebt sich von da, nur in Begleitung weniger vertrauten Männer seiner Umgebung, nach Amerika, während seine Gemahlin zu Besuch nach Turin an den Hof ihres Vaters geht. — Wie der „Constitutionnel“ ziemlich deutlich zu verstehen giebt, unterstüzt der Kaiser die Kandidatur des Herrn Thiers für den großen Preis, der seiner Geschichte des Kaiserreichs zuerkannt worden ist. Der Staatsminister hatte allen regierungstreuen Akademikern von der persönlichen Ansicht des Kaisers in dieser Angelegenheit Kenntnis gegeben. Es steht jedoch nicht fest, ob von kaiserlicher Seite die allererste Initiative zu Gun-

sten des Herrn Thiers gegeben wurde, oder ob man sich erst für ihn erklärt, als sein Werk von seinen akademischen Kollegen nach den langen und mühsamen Verhandlungen über einen außer-akademischen Kandidaten in Vorschlag gebracht worden war.

Paris, 1. Juni. [Teleg. r.] Aus Konstantinopel wird vom 30. v. Mts. gemeldet, daß Tags vorher in der syrischen Angelegenheit daselbst eine Konferenz stattgefunden habe. In der selben ist beschlossen worden, daß für den Libanon ein einziges direkt von der Pforte abhängiges christliches Oberhaupt ernannt werden solle.

### Belgien.

Brüssel, 30. Mai. [Verlegenheiten Russlands; Frankreichs Pläne im Orient; England und Frankreich.] Wenn nicht Alles trügt, so sind sehr wichtige Nachrichten aus Petersburg hier eingelaufen. Der Hof, welcher sich sehr lebhaft für das Gelingen der österreichischen konstitutionellen Versuche interessiert, scheint sehr betroffen, weil er fühlt, daß Verlegenheiten, die Russland im Innern beobachtet, auch nachtheilig auf Destreich rückwirken müssen. Die Berichte aus Petersburg nun melden aber von theilweisen Erhebungen oder Widerstandsversuchen, deren Unterbrechung auf die Existenz einer geheimen Organisation hindeutet. Es soll so weit kommen sein, daß die Regierung unter dem Vorwände, Polen eine Erleichterung zu verschaffen, Anlaß nehmen dürfte, einen Theil der Truppen aus Polen zurückzuziehen. Diese Zustände sind auch in der Hinsicht bedenklich, daß Russlands Schwäche ein Grund mehr für Frankreich sein kann, seine weitgehenden Pläne im Orient zu verfolgen. Es ist aber gewiß, daß die französische Diplomatie mit großen Ideen in Bezug auf den Orient sich herumträgt. Dieselben erstrecken sich keineswegs bloß mehr auf Syrien, da man über diese Frage mit England sich geeinigt hat. Weit her mag es mit der neuen Freundschaft auch nicht sein, und obgleich Graf Flahault für Englands Regierung sehr schmeichelhafte Wertschätzungen mit sich genommen, so nimmt in den hohen Kreisen London doch eine dem Bonapartismus ungünstige Stimmung überhand. So lese ich in einem Briefe, der von einem Lord Palmerston sehr nahe stehenden Manne herrührt, folgende Stelle, die ich wörtlich anführen will: „Der Herzog von Aumale ist und bleibt einmal der Löwe der Season. Er hat den Kredit und die Volksbüchlichkeit der Orleans wieder aufgerichtet; die Geschichte geht immer wieder ihren Kreislauf. Eine bemerkenswerte Sache! Man begegnet in der hiesigen Gesellschaft sehr häufig der Meinung von der baldigen Wiederherstellung dieser Familie, und Niemand zweifelt am Erfolge. Noch vor sechs Wochen hätte auch kein Mensch an eine solche Eventualität zu denken gewagt.“ Was wir aus Paris von den neuesten Polizeimachregeln hören, und auch nach Perigny's Rundschreiben zu urtheilen, muß auch in den Tuilerien einige Furcht vor den Orleans herrschen. Vielleicht werden diese Befürchtungen nur zur Folge haben, daß französische Kaiserthum mehr auf die Seite der Demokratie zu treiben. Perigny ist sehr geneigt, mit den Demokraten gemeinschaftliche Sache zu machen. (R. 3.)

### Schweiz.

Bern, 28. Mai. [Schweizer Veteranen aus Gaeta; die Erzeßie in Mailand; Unterstützung der Glarner.] Laut den Aussagen der in letzter Woche aus Gaeta nach ihrer Heimath zurückgekehrt 200 Veteranen ist man bei ihrer Entlassung auf sehr eigenhändliche Weise zu Wege gegangen. Von einem Regierungsbüro wird jedem einzelnen Mann des schweizerischen Veteranenkorps die Frage gestellt: ob er freiwillig nach der Schweiz zurückkehren wolle? Eine Anzahl bejahte diese Frage; später wurde aber die Zahl der Freiwilligen nicht für hinreichend gefunden, unter 50 Jahren, mit Ausnahme der eigentlich Invaliden, abtreten müssen. Sofort wurden dieselben auch eingeschiff, ohne daß auf die vielen Ehe- und Familienverhältnisse Rücksicht genommen wurde. Unter den Augen ihrer wehklagenden Weiber und Kinder mußten sie Gaeta verlassen, während die zurückbleibenden Veteranen nach Neapel transportiert und dem dortigen Invalidenkorps einverlebt werden sollen. Diese harte Maßregel der italienischen Regierung ist nach ihrem früheren Versprechen, sämtliche Leute des Veteranenkorps unter den gleichen Bedingungen wie zur Zeit der Herrschaft Franz II. beizubehalten, ganz unerklärbar. Auch über ihre Pensionsverhältnisse hat man den Entlassenen keine Aufklärung ertheilt, so daß auf alle Fälle der Bundesrat genötigt sein wird, für sie in Turin die nötigen Schritte zu thun. Wer von den gelassenen Familien nachkommen. — Von einem Augenzeuge, der die Erzeßie in Mailand am 22. d. bewohnte, vernahm ich, daß die Spittafabrik in Borgo Biarenni bei der Porta Ticinese von dem Pöbel, der ihr die unlängst stattgefundenen Erhöhung der Brotpreise schuld giebt, in ihrem Innern vollständig zerstört ward. Ursache dieses Zusammenstoßes des Volkes mit den Bergagliari war ein Pistolenabschuß, den ein Polizeiagent auf einen ihn angreifenden Proletarier abfeuerte. Das Volk glaubte, die Truppen hätten gesenkt, und begann auf diese mit Steinen zu werfen. Um sich ihrer Haut zu wehren, gaben die Soldaten jetzt eine volle Salve auf das Volk, von dem 2 Tote und gegen 10 Verwundete auf dem Platz blieben. Laut einem Gericht sollen übrigens ähnliche Scenen für den gleichen Tag in Brescia, Bergamo, Novara und Turin vorbereitet gewesen sein. — Heute Morgen ist der Berner Große Rath zusammengetreten. Sein erstes Geschäft war, 30,000 Fr. für die abgebrannten Glarner zu votiren. Also 10,000 mehr, als der Regierungsrath bestimmt hatte. (Schl. 3.)

### Italien.

Turin, 28. Mai. [Die Staatschuld.] Heute wurde Bastogi's Vorschlag bezüglich der Vereinheitlichung der Staatschuld an die Deputirten ausgetheilt. Derselbe enthält vier Kategorien. Die erste umfaßt alle Staatschulden der italienischen Länder, welche nicht gegen ausnahmsweise Bedingungen übernommen sind; so alle Schuld des ehemaligen Sardinien mit Ausnahme der Hambro'schen Anleihe; ferner die neapolitanische Konsoolidirte und die sizilianische Schuld von 1845 und 1860, die toscanische von 1847 und 1860, die lombardische Schuld vom Jahre 1860 Parma und Bologna. Die erste Kategorie umfaßt im Ganzen 43 verschiedene Schulden. Die zweite Kategorie umfaßt die neuen ita-

lentlichen konsolidirten (14 verschiedene) Schulden, welche 5 Proz. Interessen bringen. Die dritte Kategorie begreift die 3proz. konsolidirte Staatschuld in sich (ungefähr 4 Mill. Rente). Die letzte Kategorie umfaßt die unter ausnahmsweiseen Bedingungen eingegangenen Schulden. Dieselben, 26 an der Zahl, sollen abgesondert ins große Buch eingetragen werden und die ihnen zugesprochenen Vergünstigungen behalten. Später sollen sie gegen 3- oder 5proz. italienische Renten umgetauscht werden. Die 5proz. Rentenkupons sollen im ganzen Lande den 1. Januar und den 1. Juli bezahlt werden, die 3proz. den 1. April und 1. Oktober. (Schl. 3.)

[Die reaktionäre Bewegung im Neapolitanischen.] Laut einer telegraphischen Depesche aus Neapel, 28. Mai, sind im Neapolitanischen wieder zahlreiche Proklamationen verbreitet worden, worin das Volk aufgefordert wird, "die Ausländer zu vertreiben". Ähnliches wird aus Rom, 29. Mai, dem Reuterschen Telegraphenbüro gemeldet: "Es ist geheimer Besuch ertheilt worden, revolutionäre Komités in den in Piemont einverleibten Provinzen zu organisieren. Franz II. denkt nicht daran, Rom zu verlassen." — Aus Neapel, 31. Mai, wird telegraphirt, daß die vielen beunruhigenden Gerüchte über die Lage im Neapolitanischen, welche von reaktionären Berichterstattern in die Welt geschickt würden, vollständig grundlos seien, da im Gegentheil jetzt Ruhe herrsche. Danach scheint auch die neapolitanische Depesche, die von Marseille aus verbreitet wurde und wonach der neue Statthalter mit zahlreichen Verhaftungen von Mazzinisten seine Thätigkeit eröffnet haben sollte, falsch oder doch stark übertrieben zu sein; eben so die Nachricht, in Sora habe ein "hartnäckiges" Geschrei stattgefunden. — Die "Nationalités" melden: In Folge einer Proklamation des Gouverneurs des Prinzipato ulteriore, daß die Banditen und Insurgenten, welche sofort das Gewehr strecken, vor die Gerichte verwiesen und nicht ohne Weiteres erschossen werden sollten, hätten bereits über 100 solcher Leute sich als Gefangene gestellt. — In Palermo sind am 26. Mai mehrere Verhaftungen erfolgt. Ein Theil der Verhafteten, darunter der Abbé Coeli, der Kurfiß Spadasora, der General Corrao und Guccione, wurde nach der Insel Sardinien in Gewahrsam geschickt.

Turin, 29. Mai. [Tagestoten.] Ein königliches Dekret vom 19. Mai verordnet, daß vom 1. Juni an die Kantonierunggebühren, sowie alle sonstigen täglichen Entschädigungen, die an deren Stelle ausnahmsweise bewilligt worden, für die mobilierten Truppen aufzuholen haben. — Der Minister des Innern hat der betreffenden Kammerkommission einen Gesetzesvorschlag überreicht, wodurch die Besitznisse der Gouverneure erweitert werden sollen. — Gleichzeitig mit den Mailänder Ruhestörungen fand auch in Lecco ein tumult statt, der von den Arbeitern der dortigen Seidenfabrik Dall'Dro ausging, die seit einigen Tagen ohne Beschäftigung sind. — Am 26. v. M. wurde der mit Merelli als Unternehmer des Scalaltheaters auf sechs Jahre abgeschlossene Pachtvertrag definitiv genehmigt. Das Theater wird 10 Monate im Jahre geöffnet bleiben. — In Gubbio, einer in Umbrien gelegenen Stadt, meldet der "Messager du Midi", es während einer Prozeßion zu schweren Ruhestörungen gekommen. Die Landleute wurden handgemein mit den Nationalgarden; man hatte beiderseits Totte und Verwundete zu beklagen. — Die auf der Donau mit Beschlag beladenen Waffen sind in Neapel angekommen. Der Kriegsminister hat Befehl gegeben, daß 30.000 Gewehre, welche zu dieser Schiffsladung gehören, den Militärbehörden, welche mit der Bewaffnung der Nationalgarde beauftragt sind, zur Verfügung gestellt werden.

Zwei der neapolitanischen Zeitungsbücher, der "Indipendente" und der "Spada di Garibaldi", ersterer wegen Abreise des Redakteurs A. Dumas und letztere, weil die gefammte Redaktion wegen ihrer Beteiligung an dem Galischen Zentralkomitee verhaftet wurde, sind eingegangen. — Aus Neapel vom 27. Mai wird der "Triester Zeitung" telegraphirt: Das Skrinium der hiesigen Municipalwahlen ist beendet; dieselben fielen mit großer Mehrheit im liberalen und unitarischen Sinne aus. Die Behörden haben Proklamationen entdeckt, die König Franz von Rom schickte. In Malta wurde ein bourbonisch-klerikales Komitee errichtet, um in Kalabrien und Sizilien Unruhen zu erregen. — Die sardinische Regierung hat den Konsuln von Bayern, Württemberg und beiden Mecklenburg das Exequatur entzogen, weil die betreffenden Regierungen die Annahme von Depeschen mit den Siegeln des einheitlichen Königreichs Italien verweigert haben.

— Über die Abtretung der Insel Sardinien an Frankreich sagt die "Armonia", hr. v. Thouvenel habe über diesen Gegenstand eine Note an den Grafen Cavour gerichtet, worin er ausführt, die gleichzeitige Herrschaft Piemonts auf den Inseln Sardinien und Sicilien störe das europäische Gleichgewicht, Europa werde dies aber niemals zugeben, das Haus von Savoyen habe Sardinien nur erhalten, weil es auf Sicilien verzichtet habe, da es nun Sizilien genommen, müsse es Sardinien herausgeben, Frankreich habe große Interessen im Mittelmeer, Napoleon I. habe dem Direktorium geschrieben: "Die, welche Sicilien und den Hafen von Neapel besitzen, würden, wenn sie eine Großmacht werden, geboren und geschworene Feinde Frankreichs sein." Napoleon III. lebt der Erbe des Thrones, der Ideen und der Macht seines Onkels; wie Frankreich durch die Zurückforderung Savoyens sich gegen die kontinentale Ausdehnung Piemonts gesetzt, müsse es sich auch gegen dessen Ausdehnung zur See und im Infelsystem schützen, der Graf Cavour, welcher die Ansprüche Frankreichs auf Savoyen und Nizza als gerecht anerkennt, müsse sie auch mit Bezug auf Sardinien anerkennen. Uebrigens verlange man nichts Anderes, als den Sarden die Frage vorlegen zu dürfen: Wollt ihr mit Frankreich vereint sein? Ja oder nein.

### Ausland und Polen.

Petersburg, 28. Mai. [Die Bauernunruhen in Kasan.] Die "Nord. Biene" berichtet über die (schon erwähnten) in einem Bezirk von Kasan vorgekommenen Ereignisse, daß die Veröffentlichung der Reglements über die Emanzipation der Bauern in einigen Dörfern die Veranlassung dazu gegeben, und daß die Regierung zu ernsten Mitteln greifen mußte, um die Ruhe wiederherzustellen. Im Distrikt Spassk glaubten nämlich die Bauern, falsch unterrichtet von böswilligen Leuten, es seien ihre Verbindlichkeiten gegen die Gutsbesitzer ohne Weiteres aufgehoben, die Reglements wurden ihnen nicht richtig mitgetheilt, und es kam in dem Dorfe Besdno zu einer offenen Revolte unter Anführung eines Bauern Petroff, der die Behörden als von den Gutsbesitzern bestohlen verdächtigte, und dem auch Bauern anderer Dörfer zufielen.

Der Gouverneur von Kasan, Graf Apraxin, begab sich am 23. April nach Nikolskoje, wo nur 231 Mann Truppen zu seiner Disposition waren, während die Zahl der aufständischen Bauern schnell bis auf etwa 5000 Menschen anwuchs, welche bei Petroffs Hause versammelt waren. Graf Apraxin entsandte zwei Adjutanten, welche den Bauern gütlich zusprachen, sie aufforderten, auseinanderzugehen, und Anwendung der Waffen zur Erzwingung des Gehorsams drohten. Der Gouverneur selbst erschien und forderte die Auslieferung des Petroff; aber auf alle Ermahnungen und Aufforderungen antworteten die Bauern mit dem Geschrei: Freiheit! Die überhandnehmende Widerlichkeit verstellte keine längere Geduld, das erste Glied wurde zum Fertigmachen und demnächst, da eine nochmalige Aufforderung fruchtlos war, zum Feuern kommandirt, worauf die Mehrzahl anseinanderstieß, und endlich auch Petroff, der flüchten wollte, mit seinen Komplizen ergriffen werden konnte; 55 Bauern wurden getötet, 71 verwundet. Petroff wurde vom Kriegsgericht verurtheilt und am 1. Mai, in Gegenwart der Bewohner des Distrikts, erschossen. Die Ruhe wurde hergestellt und ist seitdem nicht mehr gehört worden.

Petersburg, 1. Juni. [Vom Hofe.] Der Kaiser, die Kaiserin und deren Kinder, der Großfürst Sergius und die Großfürstin Marie sind am 29. Mai in Moskau eingetroffen und im Kremlpalast abgestiegen.

Warschau, 30. Mai. [Proklamation; Verbot.] Die schon erwähnte, vorgestern Abend an den Straßenecken angeschlagene Proklamation des Stellvertreters des Statthalters wird von den hiesigen Blättern mitgetheilt. Sie lautet: "Einwohner von Warschau! Durch den Willen des Monarchen bin ich für die Dauer der Krankheit Sr. Durchl. des Fürsten-Statthalters zur Übernahme der Leitung der Zivilabtheilung im Königreiche Polen berufen worden. Indem ich die Einwohner der Stadt Warschau hieron in Kenntniß setze, hege ich die Hoffnung, daß euer Verhalten und eure Folgsamkeit gegen die Behörden mir erlauben wird, meinen Beruf einzigt in der Obhut über euer Wohl zu erfüllen. Im Fall sich die Unruhen und Aufläufe erneuern sollten, werde ich die Verordnung des Administrationsrathes des Königreichs vom 27. März (8. April) d. J. mit soldatischer Gewissenhaftigkeit ausführen. Besagte Verordnung bringe ich aufs Neue in Erinnerung. Generallieutenant Merchewicz." Dieser Proklamation lassen die Blätter nochmals den Wortlaut der angezogenen Verordnung des Administrationsrathes folgen. — Den Photographen und Kunsthändlern ist die Ausstellung der Portraits der Mitglieder der gewesenen Bürgerdelegation untersagt worden. Das Geschäft mit diesen Bildern war sehr bedeutend, da dies Erinnerungszeichen an die bewegten Märztagen hier sehr hoch gehalten wird. (Schl. 3.)

Warschau, 31. Mai. [Ein Mißverständnis.] Während der großen Prozeßion, eben als der Erzbischof auf dem Markt der Altstadt, woselbst Altäre aufgebaut waren, zelebrierte, entstand ein Geschrei, man werde schießen, und Alles drängte und rannte durcheinander, wobei Priester mit Kreuzen, Frauen, Männer und Kinder umgerannt und getreten wurden. Es war aber falscher Lärm, denn kein Soldat war außer vor dem Schlosse zu sehen, bis auf einige Gendarmen, welche in den nächsten Straßen standen. (Oft. 3.)

Konstantinopel, 22. Mai. [Kleine Notizen.] Admiral Inglis Pascha hat neue Verstärkungen nach Beyrut gebracht. Auch nach Rumelien sind Verstärkungen aus Konstantinopel abgegangen. — In der Herzegowina wurden viele Verhaftungen vorgenommen. — Der Sultan ist noch leidend, hat jedoch schon wieder ausfahren können. — Zwischen der Türkei und Serbien besteht gegenwärtig ein gutes Einvernehmen, und der Sultan ist geneigt, den Serben neue Zugeständnisse zu machen.

Konstantinopel, 25. Mai. [Telegr. Nachrichten.] Abgeordnete der Bank von Frankreich sind hier angekommen, um mit den Bankiers in Galata zu verhandeln. — Der Abschluß des preußischen Handelsvertrages ist bevorstehend. — Der spanische Gesandte erklärte, nicht mehr die Geschäfte der neapolitanischen Gesandtschaft zu versehen. — Bely Pascha, der neue Botschafter in Paris, wird auch gleichzeitig in Madrid, so wie Musturus Bey in Brüssel und Haag beglaubigt. Tepedeli Ismail Pascha, Gouverneur von Kandia, wird durch Muschir Ismail Pascha ersetzt. — Der Escherkessenhäuptling Raib Mehmet Emir mußte vor seinen eigenen Landsleuten Zuflucht im russischen Sandtschatschotel suchen. — Nachrichten aus Beyrut vom 19. Mai zufolge herrschte in Syrien überall Ruhe. — Der englische Generalkonsul in Tunis, Herr Wood, hat den Befehl erhalten, sich nach Syrien zu begeben. Es wurden aus Syrien 53 Fremde ausgewiesen.

### Griechenland.

Athen, 25. Mai. [Ministerwechsel.] Der Minister des Innern, Papalexopoulos, wurde entlassen und durch den ehemaligen Kultusminister, Deputirten Christopoulos, ersetzt.

### Vom Landtage.

#### Herrenhaus.

Berlin, 31. Mai. [32. Sitzung.] Der erste Gegenstand der Tagesordnung betrifft die Wahlen zur Zentralkommission für die Vorarbeiten zur anserweiten Regelung der Grundsteuer. Nach einer kurzen Debatte über die Ausführungsform der Wahl, an welcher die Herren Camphausen (Berlin), Hoffmann, v. Zander, v. Kleist-Kreyow, v. Meding, v. Frankenberg-Ludwigsdorf und Graf Arnim-Bayzenburg sich beteiligten, verliest der Präsident die Namen der Herren, die ihm zur Wahl für die 8 Provinzen in Vorschlag gebracht sind, und glaubt, daß hier nach zur Wahl selbst geschritten werden kann. Die Wahlen erfolgten zunächst für die Provinzen Preußen, Schlesien, Westfalen und Sachsen einzeln, und dann auf Vorschlag des Präsidenten, der seinen Stuhl dem ersten Vizepräsidenten, Grafen Eberhard zu Stolberg, überläßt, für die Provinzen Brandenburg, Pommern, Rheinland und Pojen zusammen. Für die 8 Provinzen gingen nach der hier gegebenen Reihenfolge aus den Wahlen hervor die Herren: v. Tettau mit 92, v. Gaffron mit 89, v. Dürsberg mit 68, der Oberpräsident a. D. v. Beuermann mit 92, Graf Arnim-Bayzenburg mit 57, v. Kleist-Kreyow mit 51, Graf v. Nesselrode-Ghreschen mit 48 und Graf v. Königsmarck-Dresen mit 61 Stimmen. — Es folgt als zweiter Gegenstand der Tagesordnung ein Bericht der Matrikelkommission. Ein Antrag der Kommission an das Haus, der Krone die ehrfurchtsvolle Bitte auszudrücken, daß es der selben gefallen möge, beim nächsten Zusammentritt des Landtags Mittheilung über ihre Entschließung in Bezug der fünf zur Zeit erledigten Sätze für den alten und bestfestigten Grundbesitz zu machen, gab Veranlassung zur Debatte, indem zunächst Graf v. Arnim-Bayzenburg sein Amendement: "daß bis zum nächsten Zusammentritt des Landtags die Wiederbelebung der zur Zeit erledigten Sätze für den alten und bestfestigten Grundbesitz stattfinden werde," dem Hause zur Überweisung an die Regierung empfohlen. Die Wahrung der Rechte, sei es des bestfestigten Grundbesitzes, der Städte oder der Universitäten, ist unerlässlich, und die Pflicht des Hauses ist es, seinerseits für das Recht jener Verbände in Übereinstimmung mit

dem Gesetz einzutreten. Die Allerhöchste Verordnung über die Bildung des Herrenhauses läßt über dieses Recht, wie über die Pflicht der Regierung demselben gegenüber keinen Zweifel. Jener Verordnung muß Genüge geschehen. Majoritäten sind zwar zu schaffen, aber Recht muß doch unter allen Umständen Recht bleiben. (Bravo rechts.)

Der Minister des Innern Graf Schwerin: Die Regierung nimmt für Vorredner so eben gehan. Bezuglich der Ausführung der Verordnung sind verschiedene Wege denkbar; über den Weg, den die Regierung eingeschlagen, bewahrt dieselbe sich ihr eigenes Urtheil. Der Krone steht unbezweifelt das Recht zu, erledigte Stellen im Hause zu besiegen, und von einem verkümmerten Rechte kann keine Rede sein. Mit dem Antrage der Kommission kann die Regierung sich daher einverstanden erklären, wenn es sich um eine Bitte an die Krone handelt. — Herr Hasselbach: Ich bin mit dem Grafen Arnim darin einverstanden, daß das Haus eine Bitte an Se. Majestät richten kann, aber eine Erwartung an die Krone auszusprechen, daß hat das Haus kein Recht, damit würde es in die Prätrogative der Krone eingreifen. Uebrigens ist nicht zu glauben, daß, wenn die Stellen dreier Mitglieder des Hauses unbefestigt sind, dies ein genügender materieller Grund sein kann zu Anträgen, wie die gestellten, und ich bitte das Haus, dieselben abzulehnen. — Herr v. Kleist-Kreyow: Wenn man an die Krone eine Bitte auspricht, so kann darin kein Zweifel an ihrem Rechte liegen. Wenn die jetzigen Erörterungen nicht nützen sollten und sie entsprechen auch dem Kommissionsantrage nicht, dann wird das Haus im nächsten Jahre die Pflicht haben, in der vorliegenden Angelegenheit sich mit einer Adresse an die Krone zu wenden. Wenn 5 Jahre vergangen, ehe für Herrn v. Niegelski, das Präsentationsrecht zur Ausführung gebracht werden, so kann das wahrlich nicht als eine Wahrung des Rechtes anerkannt werden. Gesetze und gegebliche Anordnungen sind nicht gegeben, und den Ministerien als Handbuch für ihre Zwecke zu dienen, und am allerwenigsten zielt sich das für ein Ministerium, welches sich schon so oft als verfassungstreu bezeichnet hat. — Dr. Stahl: Die Verordnung wegen Bildung des Herrenhauses spricht von einem Präsentationsrecht, woraus hervorgehen scheint, daß, wenn zur Belebung der Stelle eines Mitgliedes dieses Hauses die Präsentation erforderlich ist, dann diese auch von der Regierung angeordnet werden muß. Wenn aber der Minister des Innern behauptet, daß die Verordnung nach einer erfolgten Präsentation lediglich von der Krone abhängt, so kann die Verordnung nicht als durchaus gesichert erkannt werden. — Der Minister des Innern: Die Ansichten der Regierung und einiger Vorredner scheinen sich zu nähern; wenn der Regierung vorgeworfen wird, daß sie in der in Rede stehenden Angelegenheit nach einem Parteidankpunkt handelt, so glaube ich, daß von der Seite, von welcher ein solcher Vorwurf erhoben wird, er am wenigsten erhoben werden dürfte, in welcher Beziehung nur an die erste Bildung dieses Hauses zu erinnern ist.

Der Regierungskommissar v. Winter: Herr Dr. Stahl hat Sache ausgesprochen, welche die Regierung vollständig akzeptieren kann. Die Regierung ist weder in Bezug auf eine feststehende Wahl, noch in Bezug auf die Einberufung eines Gewählten durch irgend eine Bestimmung gebunden, daher auch jeder Vorwurf in dieser Beziehung ein unberechtigter ist. — Herr Camphausen (Berlin): Ich kann das Haus nur eruchen, die beiden gestellten Anträge zu verwerfen. Es kann fraglich erscheinen, ob die Bestimmungen wegen Bildung des Herrenhauses für alle Zeiten maßgebend sein müssen; das aber kann nicht zweifelhaft sein, daß der Krone über die Einberufung eines Präsentierten ein freies Urtheil zusteht, und das ist entscheidend, gegen die gestellten Anträge zu stimmen. — Herr v. Waldau-Siebold: Siede Versammlung, jede Korporation, die Rechte hat, hat auch das Recht, ihre Rechte zu wahren. Es steht fest, daß Mitgliederstellen im Hause seit längerer Zeit offen sind, und das Wenigste, was das Haus in der Sache jetzt thun kann, ist daher, die Regierung zu eruchen, dieselben bis zum nächsten Zusammentritt des Landtags zu besiegen. Die Regierung hat das Recht, ihre Handlungen zu vertreten, das versteht sich von selbst. Aber dadurch darf das Recht überhaupt nicht zum Unrecht werden. (Bravo rechts!) — Der Minister des Innern wiederholt seine Auslassungen, daß die Regierung nach ihrer Überzeugung der Krone gerathen habe und raten werde. — Herr v. Senfft-Pilsach verläßt sich, daß mehrere Vertretungen des ländlichen Grundbesitzes nicht zur Ausführung gekommen sind, während die Städte reichlich mit neuen Vertretern bedacht wurden, worauf der Regierungskommissar v. Winter erwidert, daß im vorigen Jahre das Herrenhaus 118 Vertreter des ländlichen Grundbesitzes und 63 verschiedene andere Mitglieder enthalten hat. — Graf Arnim-Bayzenburg: Ich bin überzeugt, daß Verzögern in Bezug offener Mitgliederstellen des Hauses so lange, wie es vorgekommen ist, schwer zu erklären sein werden. Erkennt man hierin ein Unrecht, dann sage man Ja zu den gestellten Anträgen; im andern Falle Nein. Ein Drittes ist nicht möglich. Der Minister des Innern, an dessen Ehrenhaftigkeit nicht gezweifelt werden kann, wird und muß sich bereit finden, dem Rechte Recht zu schaffen, das in dem in Rede stehenden Fall unbedingt nicht gewahrt ist. (Bravo rechts.) — Der Schlüß der Diskussion wird beantragt und angenommen, worauf Herr v. Düsseldorf als Berichterstatter den Antrag der Kommission empfiehlt, während bei der Abstimmung das Haus den Antrag des Grafen Arnim annimmt.

Als dritter Gegenstand der Tagesordnung folgt ein Bericht über die Änderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung. Der betreffende Gesetzesentwurf wird in Übereinstimmung mit den Beischlüssen des anderen Hauses, und zwar ohne jede Diskussion angenommen. Dasselbe geschieht mit dem vierten Gegenstande, indem auch der Gesetzentwurf, betreffend die Erhebung der Steuer auf Zeitungen u. s. w., ohne Diskussion, nach den Beischlüssen des anderen Hauses angenommen wird. Zu einem ersten Bericht der Budgetkommission über den Staatshaushaltsetat werden folgende Anträge der Kommission: 1) Das Herrenhaus wolle die Staatsregierung eruchen, durch Umgestaltung des Stempelgeiges höherer Güteklassen für den Staatshaushaltsetat zu erzielen, als dieselbe bisher abgeworfen habe; 2) Das Haus wolle die Erwartung aussprechen, daß auch Kreisschau und Zirkel, soweit sie nicht für die Gesellschaftsverwaltung unentbehrlich sind, ohne Zeitverlust an die Domänenverwaltung abgegeben werden; 3) daß solche Nachweise, wie sie in den Anlagen des Staatshaushaltsetats für 1851 über die von der Gesellschaftsverwaltung benötigten Gründstücke gegeben sind, vom Jahre 1862 ab alljährlich dem Budget der Gesellschaftsverwaltung beigegeben werden möchten; angenommen. — Ohne Diskussion wird ferner der 2. Bericht der Budgetkommission über die allgemeine Steuerung über das Budget des Jahres 1858 nach den Kommissionsanträgen erledigt; der Bericht über die Oberhessischen Topfuswaisen, wo die Entwurf wegen der Salzsteuer im Jadegebiet geben ebenfalls zu keiner Diskussion Anlaß. Nächste Sitzung morgen.

Berlin, 1. Juni. [33. Sitzung.] Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird zum ersten Gegenstande der Tagesordnung, dem Bericht zu dem Entwurf eines allgemeinen deutschen Handelsgelehrbuchs, übergegangen. Zur allgemeinen Diskussion nimmt zunächst das Wort der Berichterstatter Dr. Bornemann: Es ist wohl mit großer Sicherheit anzunehmen, daß das Handelsgelehrbuch etwas Tüchtiges bietet, denn es ist aus einer langen und sehr gründlichen Beratung hervorgegangen, zu welcher Seitens der einzelnen befreitigten Staaten die bedeutendsten Kräfte auf dem Gebiete der Handelsgelehrbung deputiert wurden. Vollkommen ist freilich noch nie aus der Hand von Menschen hervorgegangen, daß aber das vorliegende Gesetz allen gerechten Anforderungen an daselbe gewiß entsprechen wird, das darf wohl behauptet werden, und ist daher auch mit Sicherheit die Zustimmung des Hauses vorauszusegen. — Der Justizminister: Erlauben Sie mir einige Worte des Dankes dafür auszuprägen, daß Ihre Kommission in so umfassender und gründlicher Weise hervorgegangen ist. — Der Präsident der Kommission in so umfassender und gründlicher Weise das Gesetz verfasst hat, wie es vorgekommen ist, schwier zu erkennen sein werden. Erkennt man auch dem vorliegenden Gesetzentwurf zuerkennt mag, und ich gebe selbst deren zu, ja glaube ich doch, daß es durch seine Abweichung vom alten deutschen Recht ältere Veranlassung zu Prozeßen geben wird. Es ist von Herrn v. Zander ein Antrag auf Annahme en bloc nach der allgemeinen Diskussion zu dem Gesetzbuche gestellt worden, aber es will mir nicht scheinen, daß dieser Antrag empfehlenswert ist. Ich glaube vielmehr, daß der Staatsregierung zu empfehlen wäre, die Vorlage einer geeigneten Kommission zur Beratung darüber zuzuweisen, in welchem Verhältniß das Handelsgelehrbuch zu den vielfachen individuellen Rechten steht. Ich habe keinen Wunsch für das Gesetzbuch auszusprechen, glaube aber, daß noch manche Bedenken gegen dasselbe aufgestellt werden können. — Der Justizminister: Ich richte die Bitte und Hoffnung auszusprechen, daß Ihre Beratung und Bechlußnahme ein Werk fördern möge, welches gewiß einen großen Fortschritt in der Entwicklung Deutschlands befindet. — Dr. Götz: Welche Vorfälle man auch dem vorliegenden Gesetzentwurf zuerkennt mag, und ich gebe selbst deren zu, ja glaube ich doch, daß es durch seine Abweichung vom alten deutschen Recht ältere Veranlassung zu Prozeßen geben wird. Es ist von Herrn v. Zander ein Antrag auf Annahme en bloc nach der allgemeinen Diskussion zu dem Gesetzbuche gestellt worden, aber es will mir nicht scheinen, daß dieser Antrag empfehlenswert ist. Ich glaube vielmehr, daß der Staatsregierung zu empfehlen wäre, die Vorlage einer geeigneten Kommission zur Beratung darüber zuzuweisen, in welchem Verhältniß das Handelsgelehrbuch zu den vielfachen individuellen Rechten steht. Ich habe keinen Wunsch für das Gesetzbuch auszusprechen, glaube aber, daß noch manche Bedenken gegen daselbe aufgestellt werden können. — Der Justizminister: Ich richte die Bitte und Hoffnung auszusprechen, daß Ihre Beratung und Bechlußnahme ein Werk fördern möge, welches gewiß einen großen Fortschritt in der Entwicklung Deutschlands befindet. — Dr. Götz: Welche Vorfälle man auch dem vorliegenden Gesetzentwurf zuerkennt mag, und ich gebe selbst deren zu, ja glaube ich doch, daß es durch seine Abweichung vom alten deutschen Recht ältere Veranlassung zu Prozeßen geben wird. Es ist von Herrn v. Zander ein Antrag auf Annahme en bloc nach der allgemeinen Disk

arbeiten zu diesem Gesetzbuche Theil nahm, das allein dürfte genügender Grund sein, jenem Rathe nicht Folge zu geben. Über es handelt sich um die ungeheuer gestiegenen Interessen des Handels und des Verkehrs auf einem weiten Gebiete; diese Interessen auszugleichen, das ist eine schwierige Aufgabe gewesen, aber es ist auch eine Aufgabe, deren Verschiebung jetzt gerade Preußen bitter bereuen würde. Das vorliegende Gesetzbuch, welches Bestimmung für viele Staaten hat, bedingt ein anderes Verhalten, als ein Gesetzbuch, wie das Strafgesetzbuch, das nur für Preußen Beruf hat. Sollte auf Grund des vom Vorredner beantragten die Ablehnung der Vorlage beschlossen werden, so glaube ich, daß ein solcher Beschluss gerade dem hohen Hause am wenigsten wünschenswerth sein könnte. — Dr. Brüggemann: Ich glaube, daß ein Gesetzbuch, wie das vorliegende, welche sonstigen Bedenken auch gegen dasselbe sollten erhoben werden können, schon um des großen Zweckes willen der Annahme in diesem Hause sicher ist, weil es Beruf und Fähigkeit hat, die Einheit Deutschlands einen Schritt weiter zu führen, und gerade Preußen hat wahrlich nicht den Beruf, in der Annahme des Gesetzbuches heute eine Sögerung einzutreten zu lassen. Geben Sie Preußen die Ehre, daß es der ergriffene Initiative zu einem so hochwichtigen Gesetz auch die unverzögerte Einführung desselben hinzufüge. (Bravo!) — Der Handelsminister: Preußen hat seit den langjährigen Beratungen über das Handelsgesetzbuch es dankbar angeworfen, daß der heutige Entwurf endlich aus jenen Berathungen hervorgegangen ist. Das hohe Haus ist daher dringend zu bitten, auch aus seinen Berathungen die Annahme desselben hervorzutragen zu lassen. — Ein Regierung vom 15. Mai bestätigt das Nachtheilige, welches es für Preußen haben müßte, wenn es, nachdem es die Initiative zu dem vorliegenden Gesetzbuche ergriffen, jetzt seine Annicknung und Geltendmachung behindern wollte. — Der Berichterstatter Dr. Bornemann: Es ist von einer unendlichen Wichtigkeit, wenn wir statt 34 Handelsgesetzbüchern einziges erhalten, und ist dasselbe auch nur durch manchen Kompromiß möglich gewesen, der Gewinn des Gesetzbuches läßt dies leicht verhinderen. Meine Herren, ich bitte Sie daher nochmals, dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung zu geben. — Es kommt hierauf des Herrn v. Banders Antrag zur Abstimmung, und wird mit großer Majorität angenommen, beseitigen darauf der vorliegende Entwurf des Handelsgesetzbuches.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Kommissionsbericht über den Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch. Zur allgemeinen Diskussion nimmt nur der Berichterstatter Dr. Bornemann das Wort, indem er einfach die Annahme des Einführungsgesetzentwurfs empfiehlt. — Nachdem die einzelnen Paragraphen der Artikel 1—8 ohne jede Diskussion und größtentheils nach der Vorlage, in einzelnen Fällen nach unwesentlichen Änderungsanträgen der Kommission, angenommen wurden, bietet der §. 2 des Artikels 9, welcher nach der Vorlage lautet: „Den Handelsmätern steht ein ausschließliches Recht zur Vermittelung von Handelsgeschäften nicht zu. Die Gesetze oder Verordnungen, durch welche ihnen ein solches Recht beigelegt ist, werden aufgehoben.“ — Anlaß zu einer längeren Debatte, an welcher von verschiedenen Standpunkten aus theils für die Vorlage, theils für den Änderungsantrag der Kommission, theils endlich für einen folgenden des Herrn Dr. Homeyer, dieser und die Herren Groddeck, v. Senft-Pilsach, v. d. Heydt, Camphausen (Berlin), Dr. Göze, v. Bründen und v. Banders sich beteiligen, und besonders letzter hervorhebt, daß nichts beklagenswerther wäre, als wenn ein Besluß dieses Hauses die baldige Publikation des Handelsgesetzbuches unmöglich machen sollte. — In der folgenden Abstimmung wird darauf §. 2 des Artikels 9 nach der Vorlage angenommen, worauf ohne jede Diskussion die Annahme der Artikel 9—60 erfolgt. Zu Artikel 61 Nr. 1 ist der genügend unterstützte Antrag des Herrn Groddeck gestellt, an die Staatsregierung die Aufforderung zu richten: daß dieselbe dem Landtag in nächster Session ein, die Rechtverhältnisse der Schiffsauf den Strömen und Binnengewässern regelndes Gesetz vorlegen möge, worauf Art. 61 mit demselben Antrage angenommen wird, so wie dann auch, ohne jede Debatte, die Artikel bis zum Schlus des Gesetzentwurfs und demnach dieser im Ganzen Annahme findet. Schließlich wird auch die im andern Hause zu dem Entwurfe beschlossene Resolution angenommen. — Nächste Sitzung Montag.

#### Haus der Abgeordneten.

Berlin, 31. Mai. [60. Sitzung. Schluß.] Die Debatte über das Handelsgesetzbuch beginnt. — Abg. Reichenperger (Geldern) konstatiert das Bedürfnis nach Rechtseinheit, das neue Gesetz wird überall mit Bewundern begrüßt; ich spreche dies Namens der Rheinprovinz aus, der man mit Unrecht übertriebenen Hang zum Partikularrecht vorwirkt. — Der Justizminister drückt sein Gefühl des Dankes aus, daß, nachdem erst im März die Konferenzen in Nürnberg geschlossen, heute schon das Haus, auch in den nächsten Tagen das andere, Besluß zu fassen in der Lage ist, Dank der Ausdauer der Kommissionen. Ich danke Ihnen für Ihre trefflichen Berichte, ich danke den Vertretern dieser und der anderen Regierungen, ich danke den Männern, die in Nürnberg getagt, sie haben sich um das Vaterland verdient gemacht. (Bravo!) Mögen Sie die Vorlage einstimmig annehmen; wo es gilt, deutsche Interessen wahrzunehmen und zu fördern, wird Preußen willig und opferwillig vorangehen. (Bravo!) — Abg. Behrend (Danzig) konstatiert, daß 153 deutsche Handelsstädten sich einstimmig für das Handelsgesetzbuch ausgesprochen und nicht etwa bloß aus Patriotismus, sondern nach sorgfältiger Prüfung. — Abg. Beeler hält es für geziemend, auch ein Wort vom Standpunkt der deutschen Rechtslehre über dieses hochwichtige Gesetz sprechen. Möge das Haus das Andenken Bischofs ehren. (Bravo!) Der Vorsitz der Wechselordnung, des Handelsgesetzbuches weiß dahin, daß deutsche Gesetze abgefaßt werden; dann werden die verschiedenen Anschaunungen der Partikularrechte überwunden. Mit dem Handelsgesetzbuch ist eine große deutsche That vollbracht; der legislative Fortschritt wird mit dem nationalen vereint. Mögen wir für die Rechtsprechung ein deutsches Organ haben, einen einheitlichen deutschen Gerichtshof. (Bravo!) — Abg. v. Ammon hofft, daß die anderen deutschen Staaten unserem Beispiel durch einstimmige Annahme nachfolgen werden; thäten sie es nicht, dann würde doch für ganz Preußen jedenfalls nur ein Handelsgesetzbuch gelten. — Abg. Graf Gieszkowski: Mit deutschen Fragen als solchen haben wir nichts zu thun; die vorliegende ist keine politische Frage, sondern eine Frage des Fortschritts, und wir werden für dieselbe stimmen. — Der Berichterstatter Abg. Bürgers dankt der Regierung für die Förderung des Werkes und bittet um Annahme des Handelsgesetzbuches ohne Diskussion. — Das Haus weicht von seiner Gesetzesordnung ab und nimmt einstimmig den Entwurf an (Beifall); nur ein Mitglied der Fraktion Blankenburg-Wagner, der Abg. v. d. Hagen zu Drosen (4. Frankfurter Wahlbezirk), bleibt sitzen. — Betreffend das Einführungsgesetz wünscht Abg. Reichenperger die Vertagung der Debatte bis zur nächsten Woche. — Der Regierungskommissar erklärt, daß sich die Regierung allen Kommissionsänderungen bis auf eine anschließt; eine Vertagung sei sehr bedenklich. — Gegen die Vertagung sprechen sich auch die Abg. Düncker (Berlin), v. Ammon und Behrend (Danzig) aus. Sie wird abgelehnt. — Es sind Änderungsanträge eingegangen; u. A. vom Abg. Laminau, wonach die Beitragssatzungspflicht zu den kaufmännischen Korporationen in gewissen Städten durch königl. Verordnung bestimmt werden kann. (Der Vorschlag des Herrenhauses.) — Abg. Behrend ist gegen jede Zwangspflicht. — Abg. Waldeck: Die für das Amendum geltend gemachten Gründe, die Korporationen würden sonst Schaden leiden, sind falsch; Zwang steht mit den Prinzipien der Gewerbefreiheit im Widerspruch. — Abg. Laminau vertheidigt sein Amendum.

Der Handelsminister: Es haben sich in den Korporationen Rechtverhältnisse gebildet, die man zu stören befürchtet, darum ist das Amendum Laminau zur Annahme. Abg. Reichenperger (Geldern) widersetzt sich jedem Zwang; Zwangbeitrag ist Zwangseintritt; die kaufmännischen Korporationen haben gleiche Interessen und die halten sie zusammen; wo Zwang ist, ist kein Segen. — Abg. v. B. (Beifall): Es ist nicht zuträglich, die Frage unnötig zu belästigen; solche Bestimmungen möge man der Spezialgesetzegebung überlassen. — Abg. Müller (Demmin) spricht sich ebenfalls für die Kommissionsvorläufe aus. — Abg. Ammon ist derselben Meinung. — Abg. Wagner (Rügenwalde) würde sich noch eber für den Zwangseintritt als für den Zwangbeitrag erklären können; letzteres ist eine verdeckte Steuer. Ich werde demnach für die Kommission und gegen das Amendum Laminau stimmen. — Abg. Fielitz ist ebenfalls dagegen; auch der Berichterstatter Abg. Strohn verteidigt die Kommissionsvorläufe. — Das Amendum wird mit großer Majorität abgelehnt, der §. 4 nach den Kommissionsvorläufen angenommen, nachdem der Handelsminister erklärt, daß er nunmehr gegen letztere nichts einzuwenden habe und den Weg der Spezialgesetzegebung betreten werde. — Der §. 4 lautet: Die privatrechtlichen Vorschriften der Statuten der zu Berlin, Stettin, Magdeburg, Tilsit, Königsberg, Danzig, Memel und Elbing bestehenden kaufmännischen Korporationen treten außer Kraft. Dies gilt namentlich von den Vorschriften dieser Statuten, durch welche die kaufmännischen Rechte von dem Beitritt zu der Korporation des Ortes abhängig gemacht sind. — Bezuglich der Männer spricht sich Abg. Bürgers für das Exklusivrecht aus. — Der Handelsminister: Die Stadt Köln allein fordert ein solches Exklusivrecht; das Amendum Bürgers,

welches die vereideten Männer in Schutz nimmt, empfiehlt sich nicht zur Annahme. — Auch Abg. Waldeck stellt diese Ansichten. — Abg. Dr. Beeler empfiehlt das Amendum; die Schranke, durch königliche Verordnung ist eine heilsame Schranke. — Abg. v. Ammon: In Köln ist die Maßregel ausführbar. — In der Diskussion beteiligen sich auch Abg. Behrend (Danzig), der Handelsminister, Düncker (Berlin), Lette, Wagner (Rügenwalde), worauf das Amendum Bürgers abgelehnt wird, nachdem sich auch der Berichterstatter Abg. Strohn dagegen ausgesprochen. — Die folgenden Artikel werden ohne Diskussion angenommen, ebenso die Resolution, betreffende die Rechtsverhältnisse der Stromfahrt und die Resolution: die Erwartung auszusprechen, die Regierung werde mit Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches auf Organisation von Handelsgerichten mit Kaufmännischen Mitgliedern bedacht, überall, wo die Verhältnisse sachgemäße Belebung ermöglichen. — Das Einführungsgesetz wird einstimmig gegen die Stimme des Abg. v. d. Hagen angenommen. (Die Beharrlichkeit des Herrn Dissidenten erregt Heiterkeit.) — Petitionen der Handelskammer in Köln und der Köln-Mindener Eisenbahn werden für erledigt erachtet. — Nächste Sitzung morgen.

Berlin, 1. Juni. [61. Sitzung.] Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der vereinigten Kommissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle über den mit Frankreich am 4. April abgeschlossenen Staatsvertrag, betreffend die Herstellung einer schiffbaren Verbindung zwischen dem Rhein-Marne-Kanal und der Saar, nebst dem zugehörigen Schlussprotokoll vom gleichen Tage. (Berichterstatter Abg. Müller (Demmin).) — Nachdem einige Redner sich gegen die Genehmigung des Vertrags ausgesprochen, erklärt der Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Der zu fassende Entschluß ist von hoher Bedeutung; der Vertrag steht im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Handelsvertrag; das Verwerfen des ersten würde die Verhandlungen über letzteren hemmen, ja ein wesentliches Element zum Scheitern derselben bildet. Das Verwerfen eines mit einer fremden Regierung abgeschlossenen Vertrages ist ein politischer Akt der ernstesten, größten Bedeutung; es würde dadurch ein peinlicher Eindruck auf die freundschaftlichen Beziehungen mit der großen Nachbarmacht, welche großen Wert auf diesen Kanal legt, ausgeübt, und das wird das Haus nicht wollen; ein Ausnahmefall ist hier nicht anwendbar und das Haus mag versichert sein, daß der Vertrag das Resultat der allerersteilichen Erwägung ist. Ich bitte dringend, um dieser politischen Rücksichten willen, dem Vertrag zu zustimmen. — Die Diskussion wird, nachdem noch verschiedene gegen die Vorlage vorgebrachte worden, geschlossen, ein Antrag des Abg. Behrend (Danzig) den Besluß auszusehen, bis die Regierung einen Kostenanschlag und eine Rentabilitätsübersicht vorgelegt haben werde, abgelehnt und endlich der Vertrag genehmigt.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht, einzige Abänderungen des Gesetzes wegen Errichtung der Gewerbesteuer vom 30. Mai 1820 betreffend. Die Abänderungen des Herrenhauses werden ohne erhebliche Diskussion genehmigt und das Haus wendet sich zur Debatte über das Budget des Ministeriums des Innern (Berichterstatter Abg. v. Lettau). — Abg. v. Morawski kritisiert das Institut der Landräthe, welche nach Herrn Wagner der überhandnehmenden Bureaucratie entgegen wirken sollen. Im Großherzogtum Posen sind Landräthesteller zu besetzen. Der Redner klagt, daß die Landräthe der polnischen Sprache so wenig mächtig sind, geht aber wieder so ausführlich auf frühere Verträge und andere zum Titel: „Landrätheliche Behörden“ nicht gehörige Dinge ein, daß er vom Präsidenten unterbrochen wird. — Der Minister des Innern: Ich werde nach Möglichkeit die Landräthsämter in der Provinz Posen mit solchen Persönlichkeiten belegen, welche der polnischen Sprache mächtig sind; diese Persönlichkeiten müssen aber sonst auch geeignet sein. Preußische Erfahrung, Charakterfestigkeit, wissenschaftliche Bildung sind die vorzüglichsten Eigenschaften, die wir außer der Kenntnis der polnischen Sprache verlangen. Können wir solche Kandidaten nicht finden, dann erachten wir den Mangel an Kenntnis der polnischen Sprache für das geringere Nebel. — Abg. v. Eyskowsky klagt der Regierung den Rath, bei den polnischen Bewohnern der Provinz Posen moralische Erbitterungen zu machen. — Abg. v. Morawski klagt, daß den Polen gegenüber die Gesetze nicht gehandhabt werden. — Graf Schwerin: Mit allgemeinen Redensarten ist nichts gethan, man mag spezielle Thatsachen angeben; in Posen regiert das Gesetz und nicht die Gesinnung. — Abg. Bonin: In der Provinz Posen ist mir allerdings oft eine Gesinnung entgegentreten, die mich mit Schmerz erfüllt, mich aber nicht verletzt hat, vom Gesetz abzugehen, und dieselbe gesetzliche Haltung haben die mir untergebenen Beamten vertragen. Eine große Anzahl von Beamten versteht polnisch genug, um sich verständigen zu können. — Abg. v. Bentkowsky kommt der Aufruf des Ministers nach, und weist den Ministern nach, daß sie alle das Gesetz verlegen! — Der Präsident unterbricht ihn: Der Redner scheint es darauf anzulegen, daß ihm das Wort entzogen wird. — Der Minister des Innern sieht die Anschaunungen des Herrn v. Bentkowsky für nicht wertvoller an, als die der Regierung. Beschwerden sollen geprüft werden. Als vor 2 Jahren der Oberpräsident gewechselt wurde, versicherten alle die polnischen Herren, wenn Herr v. Bonin die Stelle befame, so würden sie versichert sein, daß das Gesetz gehandhabt werden würde. Und was sagen die Herren heute? — Der Minister v. Patow antwortet ebenfalls. — Abg. v. Morawski: Ich habe damals gleich gesagt, daß mit einer einzigen Person kein Wechsel ausgeführt wird. — Der Finanzminister äußert sich nochmals über die Einschätzungenkommission in der Provinz Posen. — Abg. v. Niegolewski bestreitet die Tribune (die Bänke leerem sich, die Unterhaltungen beginnen); das Haus ist der polnischen Klaglieder sichtlich müde: Vor zwei Jahren habe ich mit einem Polizeirath begonnen, vor einem Jahre bin ich höher gegangen, zu Polizeidirektoren, ja selbst zu Ministerialrathen, die das besondere Vertrauen des Ministers genießen. Ich lasse mich nicht einschüchtern, ich gehe vorwärts; wir haben hier Fonds zu bewilligen (für die höhere Polizei), welche in die Hände von Beamten gelegt werden, welche den Minister über die Verhältnisse von Posen falsch berichten. Der Redner geht auf die Angelegenheit Niederlützen zurück, liest eine Denkschrift an den Minister vor, auch einen sehr kompromittierenden Brief, spricht von Ordensbettlern u. c. Beamte, für die heute Geld bewilligt werden soll, verbreiten Wisse von Proklamationen, um gegen die Polen aufzuziehen. Auch überwacht, werdet ich meine Nachforschungen nicht einstellen. Es hat mich indigniert, daß man, anstatt die Beamten zu verfolgen, gegen mich eine Untersuchung einleiten wollte. Ich fordere diese Unterlührung; die Sache muß ausgezogen werden. Sorgen Sie dafür, daß die Sache auf gelegentlichem Wege vor sich gehe, zwingen Sie uns nicht, indem Sie uns das Gesetz aus den Händen ziehen, den Revolver in die Hand! (Lauter Unterbrechung des Hauses.) Ja, meine Herren! — Der Präsident (Ampeln und schlägt mit geblättertem Faust auf den Tisch): Ruhig! Ich fordere das Haus auf, zu bezeugen, daß der Abg. v. Niegolewski die einfachsten Rücksichten der Schicklichkeit, der Sittlichkeit und der Vaterlandsliebe auf das Frevelhafteste verletzt hat. (Der Abg. v. Niegolewski hatte bereits die Tribune verlassen. Das Haus erhebt sich, mit Annahme der Polen, unter stürmischen Beifall. Auch die Minister, unter ihnen hr. v. Bernuth, der nicht Abgeordneter ist, erheben sich dabei von ihren Sitzen.) — Sie sehen — zu dem Abg. v. Niegolewski gewendet — wie das Haus über Sie urtheilt!! — Abg. v. Niegolewski meldet sich zum Wort. — Der Präsident: Ich gebe Ihnen nicht das Wort (Große Aufregung im Hause). — Die 3300 Thlr. für 12 Polizeibeamte von Köln werden bewilligt. — Der Graf Schwerin über die Polizeiverwaltung von Berlin: Die Regierung schenkt fortwährende Aufmerksamkeit der Verminderung der Kosten. Ich will mancherlei Ansbildungen unbehantwortet lassen; die Regierung hat Intrigen objektiv behandelt; sie hat spezielle Ermittlungen angestellt, die durch die Indiehandnahme der Angelegenheit durch die städtischen Behörden unterbrochen wurden; hiermit bewies man, daß man ein gerichtliches Verfahren wolle; die Staatsanwaltschaft fand kein Material zur strafrechtlichen Verfolgung. Nachdem der Chef der hiesigen Polizeiverwaltung Untersuchung gefordert, ist die Unterlührung eingeleitet; die notwendigen Konsequenzen dieser Untersuchung mit Rücksicht auf das Gesetz von 1852 werden in den nächsten Tagen eintreten. Ich bitte dringend das Haus, die Diskussion über diesen Gegenstand nicht zu erneuern. — Abg. Düncker (Berlin): Ich war stets gewiß, daß, wenn erst der Minister die Überzeugung gewonnen, die wir ausgedrückt in den städtischen Behörden, er seiner Überzeugung gemäß handeln werde. Die so eben abgegebene Erklärung bezeugt, daß wir uns nicht getäuscht haben. — Der Antrag, betreffend den Wegfall der Brigadiere der Gendarmerie, wird von dem Regierungskommissar verworfen. — An der Diskussion nehmen Theil Abg. Österreicher, der Minister des Innern, Abg. Reichenperger (Köln), der unter Heiterkeit des Hauses eingeführt, mit der Gendarmerie in Berührung gekommen zu sein — in amtlicher Beziehung, fügt er hinzu. So weit seine dabei gemachten Erfahrungen reichen, muß er sich gegen die Kommissionsvorschläge aussprechen. — Abg. Hoffmann verlangt die Vermeidung der Gendarmerie. — Die Anträge auf Wegfall der Gendarmerie und Verminderung der Distriktsbeamten werden angenommen. — Aus Verschenk stimmte der Minister v. Patow mit der Majorität. Nächste Sitzung Montag.

Rußland. [Gegenwärtiger Stand der russischen Flotte.] Nach einer von russischen Blättern gegebenen Übersicht zählte die russische Dampfschiffslotte schon im vorigen Jahre 9 Linienschiffe, 22 Korvetten, 12 Käppen, 79 Kanonenboote, in Summa 242 Schiffe mit 36.935 Pferdekraft und 2374 Kanonen; die Segelflotte zählte dagegen zwar noch 10 Linienschiffe, aber im Ganzen nur 71 Schiffe mit 1477 Kanonen. Die Dampfflotte übertrug also die Segelflotte in jeder Hinsicht schon beträchtlich und es kann nicht mehr lange dauern, bis die letztere ganz verschwunden sein wird. Seit dem vorigen Jahre ist übrigens die Differenz noch bedeutend zu Gunsten der Dampfflotte gestiegen, denn im Laufe von 1860 sind noch folgende Schiffe, welche sich in den obigen Übersicht nicht mit einbezogen befinden, vom Stapel gelassen. In Petersburg das prachtvolle Einenkönig „Kaiser Nikolaus I.“ von 111 Kanonen. Die Fregatte „Ostaschia“ von 45 Kanonen und die Korvette „Bohdan“ von 17 Kanonen; in Kronstadt die Linienschiffe „Snope“ und „Gesarewitsch“ und die Schraubentragette „Oleg“ von 57 Kanonen; in Archangel die Fregatte „Perezel“ von 53 Kanonen; in Nikolajeff 2 Korvetten u. c. Im Auslande waren ebenfalls mehrere Schiffe, darunter zwei Panzerfregatten zu 44 und 36 Kanonen, für russische Rechnung im Bau begriffen. — p.

#### Vokales und Provinzielles.

Posen, 3. Juni. Wir müssen unsere Leser diesmal noch besonders auf den Bericht über die 61. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Sonnabend d. 1. d. und in demselben auf die Schlussäußerung des Abg. v. Niegolewski hinweisen. Die deutsche Bevölkerung der Provinz Posen wird daraus entnehmen, was, den Anschaunungen des Abg. v. Niegolewski zufolge, ihr droht.

K Posen, 3. Juni. [Straßenverbesserungen.] Obwohl die Kommune leider nur geringe Geldmittel auf die Verbesserung und Verschönerung der Stadt zu verwenden vermag, so ist doch auch in diesem Jahre schon durch das bereitwillige Entgegenkommen der Hausherrn, welche selbst recht bedeutende Opfer nicht scheut, Vieles geleistet und noch Mehreres vorbereitet. Besonders der alte Markt hat durch die doppelte und dreifache Trottoirreihe, welche die ganze Breite der Bürgersteige einnimmt, viel gewonnen. Die zahlreiche Menge Derer, welche hier den Tag über in Geschäften verkehren oder Abends spazierengehend von des Tages Lasten sich erholen, liefert den besten Beweis, daß hier einem wirklichen Bedürfnisse abgeholfen und die Kosten zur Förderung des allgemeinen Besten verwendet sind. Es kann nicht fehlen, daß das hier gegebene Beispiel zur Nachahmung auffordert und auch diejenigen Haushalter, die mit der Verbesserung ihrer Grundstücke und Bürgersteige noch zögern, veranlassen wird, ihren Mitbürgern nicht länger nachzustehen. Sie bilden übrigens, soweit sie nicht durch eigene Bedürftigkeit abgehalten werden, zur Ehre unserer Stadt und des unter der Bürgerhaft immer mehr erwachenden Gemeindelebens nur noch seltene Ausnahmen. Auffallend ist, daß der Eingang zu den engen und belebten Judenstraße vom Markte her noch der Trottoirs entbehrt. Die dortigen Echhäuser gehören dem Bankier Seegall und den Plocke'schen Erben. Es wird gewiß nur einer Anregung von Seiten des Magistrats bedürfen, um einen wohlhabendsten Bürger der Stadt zur Abhülfe dieses Mangels zu veranlassen, falls derselbe nicht bereits aus eigenem Anteile, wie verlautet, beschlossen haben sollte, dort eine Anlage von Quadersteinen herzustellen, ähnlich derjenigen, durch welche das Haus des Hrn. Caro, Berlinerstr. 11, sich auszeichnet. Die enge Klosterstraße, welche den Zugang zum Schloß bildet und früher kaum passierbar war, hat durch die neuen Bürgersteige ein sauberer, fast tierliches Ansehen gewonnen. Nur vor den Grundstücken der Probstei fehlt hier noch das Trottoir. Nach Beendigung der Arbeiten am Markte wird die Umpflasterung der Halbdorfstraße erfolgen, die der selben dringend bedarf, da das Pfaster mit runden Steinen wenig dauerhaft ist. Im nächsten Jahre soll endlich auch die Schützenstraße an die Reihe kommen und die dortige Brücke durch einen Straßen-damm erweitert werden.

[Bakanz.] Die zweite Prediger- und Kelterstelle in der Stadt Schmiegel wird zum 1. August d. J. vakant. Bewerber um diese Stelle haben ihre an das Kirchenkollegium zu Schmiegel zu richtenden Anträge dem Superintendenten Grabig in Lissa eingezogen.

[Kath. Pfarrstellen.] Die Kommandarien A. Smilowski zu Jutrochów, B. Szromkowski zu Bronte, K. Dierynski zu Modrz und J. Laskowski zu Wyłomysl haben unter dem 1. Mai d. J. die kanonische Institution für diese Stellen erhalten.

[Erledigte Schulstellen.] Die katholische Schullehrerstelle zu Wioska (Kreis Bonn) und die kath. Schullehrerstelle zu Wierzenica (Kreis Posen) sind erledigt. Der betreffende Schulvorstand hat bei beiden Stellen das Präsentationsrecht.

S — [Der blinde Virtuos Harnack] wird morgen von uns schon



Hamburger Rauchfleisch,  
geräucherten Lachs,  
marinirten Lachs,  
echten Limburger Käse und  
seitens Sahne.  
empfiehlt **Adolph Bernstein.**  
**M. Graetzer,**  
Berliner- und Nüchternstrasse.

Ananas-, Citrouen- und Himbeer-  
limonade der vorzüglichsten Qualität,  
in Flaschen à 5—10 und 15 Sgr. empfehlt  
**Adolph Bernstein.**  
Melsinaer Apfelsinen und Citronen  
billigt.

## Rob. M. Sloman's Packetschiffe

durch ihre raschen und glücklichen Reisen seit Jahren berühmt, werden den expedirt:

vom Hamburg direct

nach New-York am 1. und 15. eines jeden Monats,

nach Quebec am 15. Juni,

nach New-Orleans am 1. September.

Zur Annahme von Passagieren und Auswanderern für diese Schiffe von Herrn **Rob. M. Sloman allein** ermächtigt, empfehlen wir dieselben allen Reisenden und Auswanderern, unter Zusage der besten und gewissenhaftesten Beförderung. Nähere Auskunft ertheilen unsere Herren Agenten oder auf frankierte Briefe

**Donati & Co.,** in Hamburg.

Gin freundlich möbliertes Zimmer ist sogleich

G St. Martin 80 zu vermieten.

Judenstraße 28 ist ein Keller zum Milch- und Fleischhandel

sich vortrefflich eignend, von Michaelis ab zu vermittehen.

Trockene Worräume im **Hôtel du Nord.**

Ein militärfreier und unverheiratheter Deßnom, der deutschen und polnischen Sprache gleich mächtig, welcher nur größere Güter bewirtschaftet und in seinen letzten Stellungen resp. 8 und 3 Jahre fungirt hat, sucht zum 1. Juli c. ein anderes Engagement. Nähere Auskunft ertheilt auf gef. Anfragen der Herr Kreisgerichts-Sekretär **Berek** in Birnbaum.

Ein anständiges Mädchen, welches viele Jahre als Wirthschafterin konditioniert und gute Atteste besitzt, sucht zum 1. Juli eine Stelle; zu erfragen bei Herrn **Friedrich**, Friedrichstr. 12.

Ein Lehrling für eine Apotheke wird unter günstigen Bedingungen zu engagiren gesucht. Nähere Auskunft hierüber ertheilt

**D. Goldberg**, alten Markt 83.

**5 Thlr. Belohnung.**

Gestern sind gestohlen worden:

1 Paar silberne Leuchter,

1 silberne Vichtscheere mit Untersatz,

1 neusilbernes Zigarrenbesteck.

Wer zur Wiedererlangung dieser Gegenstände verhilft, erhält obige Belohnung.

Näheres in der Exped. dieser Zeitung.

Der Herr **Ludwig Beviseur**, ein Sohn von Dr. Beviseur, wird eracht, mit seinen jetzigen Wohnort anzugeben.

**A. Ruhwedel**, Kaufmann,

Neue Alexanderstraße Nr. 28 in Berlin.

In der **Gebr. Scherk'schen Buchhandlung (Ernst Rehfeld)**, Markt 77 in Posen, traf so eben wieder ein:

**Was uns noch retten kann.**

Ein Wort ohne Umschweife.

Dritte Auflage. Preis 10 Sgr.

**Fonds- u. Aktienbörse.**

Berlin, 1. Juni 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf 3½ 79½ G

Aachen-Maastricht 4 20½-½ bz

Amsterdam-Rotterdam 4 82½ G

Berg. Märk. Lt. A. 4 96 bz

do. Lt. B. 4 80 G

Berlin-Anhalt 4 125 bz

Berlin-Hamburg 4 116½ bz

Berl. Postd. Magd. 4 140 B

Berlin-Stettin 4 118½ bz

Bresl. Schw. Freib. 4 104½-105½ bz

Brieg-Reiße 4 49 B

Cöln-Crefeld 4 —

Cöln-Minden 3½ 154½ bz

Cöln-Oderb. (Wlh.) 4 33½ bz

do. Stamm-Pr. 4 75½ bz

do. do.

22½-Bitterau 5 —

Ludwigshof. Verh. 4 134 G

Magdeb. Halberst. 4 228 B

Magdeb. Wittenb. 4 42½ bz

Mahn-Ludwigsh. 4 105½ B, ½ G

Mecklenburger 4 47 G

Münster-Hammar 4 94½ bz

Neustadt-Wetzken 4½ —

Niederschl. Märk. 4 97 bz

Niederschl. Zweibr. 4 —

do. Stamm-Pr. 4 —

Nordb. Cr. Wilh. 5 45 bz u B

Oberschl. Lt. A. u. C. 3½ 119½ bz

do. Litt. B. 3½ 109½ bz

Dest. Franz. Staat. 5 182½-33-32½ bz

Oppeln-Larnowitz 4 33 G

Pr. Wilh. (Steel-B) 4 57½-58½ bz

Rheinische, do. Stamm-Pr. 4 84-84½ bz

Rhein-Nahebahn 4 22½ bz

Rubrort-Crefeld 3½ 80 bz

Stargard-Posen 3½ 85½ G

Thüringer 4 108 B

Bank- und Kredit-Aktien und Anteilscheine.

Berl. Kassenverein 4 114½ B

Berl. Handels-Gef. 4 81 B

Braunsch. Bl. A. 4 68 G

Brem. do. 4 99½ G

Coburg. Kredit-do. 4 50 bz

Danzig. Priv. Bl. 4 92½ bz

Darmstädter abgt. 4 74 bz u G

do. Bier-Scheine 4 —

do. Bittel-B. A. 4 94½ B

Destauer Kredit-do. 4 12½-½ bz

Destauer Landesb. 4 24½ bz u G

Diet. Comm. Ant. 4 85½ bz u G

Genfer Kred. Bl. A. 4 26½ bz

Germer do. 4 70 B

Gothaer Priv. do. 4 69 G

Hannoverische do. 4 92½ B

Königsb. Priv. do. 4 85½ G

Leipzig. Kredit-do. 4 65 B

Europä. Kredit. do. 4 85 B

Magdeb. Priv. do. 4 81½ G

Meining. Kreis. do. 4 71 etw bz

Moldau. Land. do. 4 —

Norddeutsche do. 4 —

do. Litt. C. 4 86½ G

Neustadt-Stettin 4 65½-66-65½ bz u G

Dest. Kredit. do. 5 101½ bz

Pomm. Kred. do. 5 71 B

Posener Prov. Bank 4 71 B

Preuß. Bank-Ant. 4 123½ G

Rostocker Bank-Ant. 4 105 G

Schles. Bank-Verein 4 82½ bz u G

Thüring. Bank-Akt. 4 53 B

Vereinsbank-Hamb. 4 100 B

Waaren-Kred. Ant. 5 —

Weltmar. Bank-Akt. 4 74½ B

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf 4 92 G

do. 22½ bz

Berl. Eisenb. Akt. 4 17½ bz

Braunsch. Bl. A. 4 68 G

do. 99½ G

Coburg. Bl. A. 4 50 bz

do. 101½ bz

Darmstädter abgt. 4 74 bz u G

do. 101½ bz

do. 101½ bz